

Sitzung Nr. 7 vom 30. Juni 2020

<b>Vorsitz</b>	François Scheidegger, Stadtpräsident
<b>Anwesend</b>	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
<b>Anwesend von Amtes wegen</b>	Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt David Baumgartner, Finanzverwalter Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Christian Ambühl, Polizeikommandant Per Just, Geschäftsleiter SWG Silvio Bertini, Vizepräsident VR SWG Aquil Briggen, Stadtbaumeister Thomas Rüegger, Leiter Tiefbau Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
<b>Dauer der Sitzung</b>	17:00 Uhr - 21:55 Uhr
<b>TRAKTANDEN</b>	(2645 - 2655)
1	Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 12. Mai 2020
2	2645 Pensionskasse: Liquidations-Schlussbilanz per 30. April 2020 mit Bericht der Revisionsstelle
3	2646 Optimierung der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Grenchen (Kompass Q4 und F3)

- 4 2647 Dringliche überparteiliche Motion: Unterstützung des Grenchner Gewerbes und Detailhandels durch ein kundenfreundlicheres Parkplatzreglement bzw. der Einführung einer Gratisparkzeit von 30 Minuten: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung
- 5 2648 Parkgebührenordnung, Teilrevision (Kurzzeitparkplätze)
- 6 2649 Interpellation Remo Bill (SP): Überprüfen der Kommissionen der Stadt Grenchen?: Beantwortung
- 7 2650 Festlegung nächste Gemeindeversammlung auf den 22. September 2020
- 8 2651 SWG: Corporate Governance Prinzipien (CGP)
- 9 2652 SWG: Überlegungen zur optimalen Rechtsform
- 10 2653 Bahnhof Grenchen Süd: Neugestaltung Bahnhofplatz: Genehmigung Projekt und Ausführungskredit
- 11 2654 Postulat Peter Brotschi (CVP): Aufwertung der Lindenstrasse: Einreichung
- 12 2655 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 12. Mai 2020 wird genehmigt.

- 0 -

## **Pensionskasse: Liquidations-Schlussbilanz per 30. April 2020 mit Bericht der Revisionsstelle**

Vorlage: PK/08.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Wie Kurt Boner, Präsident Pensionskassenkommission, ausführt, passiert heute der letzte offizielle Schritt. Er muss sagen, dass die ganze Geschichte ohne Nebengeräusche abgelaufen und positiv behaftet ist. Es ist eine vorteilhafte Lösung, welche die AXA angeboten hat. Man ist das Ganze sehr gut angegangen. Jetzt geht es darum, den Leuten zu danken, welche die Arbeit ausgeführt haben, insbesondere Thomas De Micheli und Sandra Lo Monaco von der BDO AG, Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, Geschäftsführerin der Pensionskasse, Michael Weidmann, Libera AG, der die Stadt sehr gut beraten hat, sowie der Pensionskassenkommission, die sehr gute Arbeit geleistet und die Lösung letztlich auch abegesegnet hat.
- 1.2 Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt, äussert sich zu den gemachten Erfahrungen sowie zur aktuellen Situation. Die Umstellung ist gut abgelaufen. Am Anfang gab es Anlaufschwierigkeiten, wer für was zuständig. Jetzt ist ein Jahr vorbei und man wird von der AXA sehr gut bedient. Bereits nach dem ersten Jahr im teilautonomen Modell zeigt sich: Der Wechsel hat sich für die Versicherten gelohnt. Die Verzinsung für 2019 beträgt 3,00 % auf dem obligatorischen Altersguthaben und 3,75 % auf dem überobligatorischen Altersguthaben. Das kann man auf den Ausweisen sehen, die nun auch heruntergeladen werden können. In Zukunft gibt es keine Pensionskassenkommission mehr. In der neuen Personalvorsorgekommission sitzen als Arbeitgebervertreter David Baumgartner, François Scheidegger und als Arbeitnehmervertreterinnen Anne-Catherine Schneeberger, Francesca Di Benedetto. Es ist geplant, zusammen mit der AXA eine Schulung mit den Mitarbeitenden zu organisieren, um ihnen aufzuzeigen, was es auf dem AXA Portal alles für Möglichkeiten gibt. Die AXA ist der direkte Ansprechpartner im Zusammenhang mit Pensionierungen. Sie dankt ebenfalls der BDO AG, welche die Stadt seit fast 6 Jahren begleitet hat. Thomas De Micheli und Sandra Lo Monaco haben viel Arbeit geleistet. Man hat das Ganze in den letzten zwei Jahren sehr zügig durchgebracht, weil die Mitarbeitenden und Verbände gut mitgemacht haben.
- 1.3 Thomas De Micheli, BDO AG, präsentiert anhand einer Präsentation die Liquidations-Schlussbilanz.

## 2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Robert Gerber erklärt, dass man heute sozusagen endgültig Abschied von der eigenen Pensionskasse nimmt. Traktandiert ist nämlich die Genehmigung der Liquidation-Schlussbilanz dieser Pensionskasse. Zum Glück ist es nicht so, wie normalerweise bei Liquidationen, dass jemand leer ausgeht und Verluste hingenommen werden müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Eigentlich gab es bei diesem eigentlichen Wechsel nur Gewinner. Die Pensionierten erhalten die gleichen Renten wie vorher. Die Noch-Versicherten, also die Arbeitnehmenden, wissen endlich, woran sie sind und der Arbeitgeber läuft nicht Gefahr, sich früher oder später dumm und dämlich zahlen zu müssen. Es geht heute vor allem auch darum, allen Beteiligten zu danken. Der Pensionskassenkommission und ihrem Präsidenten, den involvierten Stellen der Verwaltung, der begleitenden Firma BDG AG und allen die zum guten Gelingen beigetragen haben. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf diese Vorlage und wird die Liquidations-Schlussbilanz so in zustimmendem Sinne zur Kenntnis nehmen.
- 2.2 Laut Gemeinderat Ivo von Büren wird auch die SVP-Fraktion von der Liquidations-Schlussbilanz per 30. April 2020 der Pensionskasse Kenntnis nehmen. Vielleicht könnten sich der Kanton und andere Städte eine Scheibe abschneiden, wie man das hier brillant gelöst hat. Es gibt andere Pensionskassen, die nicht so gut aussehen. Der Präsident und die Mitglieder der Pensionskassenkommission haben gute Arbeit geleistet, obwohl es eine trockene Materie war und die Sitzungen nicht so interessant waren. Die SVP ist für Eintreten.

Eintreten wird beschlossen.

## 3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

## 4 Beschluss

- 4.1 Die Liquidations-Schlussbilanz per 30. April 2020 der Pensionskasse der Stadt Grenchen wird zur Kenntnis genommen.

**Vollzug:** PA

PA  
PKK

0.2.2 / acs

## Optimierung der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Grenchen (Kompass Q4 und F3)

Vorlage: SL/SV / 03.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Kurt Boner, Projektleiter, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.2 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wird die Kindertagesstätte Teddybär in der Abyste 7 (städtische Liegenschaft) bleiben. Im Sunnepark Grenchen wird es eine weitere Kindertagesstätte geben. Das gibt eine tolle Sache. Es ist wichtig, diese auch bereits mit einzubeziehen.

### 2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Konrad Schleiss ausführt, ist die FDP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Sie findet den Titel „Optimierung“ schon einmal einen ganz guten Ansatz. Ihm persönlich scheinen die Zielrichtung und die Aufstellung des ganzen Projekts sehr gut gelungen. Das geht in die richtige Richtung. Er möchte noch ein paar Anmerkungen anfügen. Man hat rund 10 Jahre Erfahrung mit familienexterner Kinderbetreuung. Den Anspruch, dass diese Leute auch als Kunden wahrgenommen werden, hat er im Moment noch nicht gesehen. Deshalb möchte er betreffend Meilenstein 2 wissen, ob man dort auch ein paar Eltern mit einbeziehen kann, damit die Sichtweise der Kunden nicht verloren geht. Auch bezüglich Meilenstein 4 findet er, dass man dort die Kunden und das Kleingewerbe zusätzlich mit einbeziehen sollte. Es sollen also nicht nur grosse Betriebe, die mit dem Industrie- und Handelsverband Grenchen und Umgebung (IHVG) verbunden sind, sondern auch Kleinbetriebe einbezogen werden, damit man sieht, was effektiv die Bedürfnisse sind und damit man auch etwas macht, was der Kunde wünscht. Dann führt es am Schluss zur angestrebten Optimierung. Es ist auch sinnvoll, dass man probiert, Tagesfamilien mit einzubauen. Ein kleiner Stolperstein wird sein, wo man Tagesfamilien und Mittagstische in Tagesfamilien abgrenzt, aber die Situation ist den Projektinvolvierten sicher bestens bekannt. Er ist sehr froh, dass hier ein gutes Team zusammengestellt wurde.

2.2 Laut Gemeinderat Richard Aschberger ist in der Vorlage ja aufgelistet, wie lange die Gemeinderäte dieses Thema schon begleitet, und zwar unbefriedigend begleitet. Jahrelang als heilige Kuh betrachtet, wurde nicht einmal halbherzig daran gearbeitet.

Und dann der Totalausfall an der Gemeindeversammlung 2016 von einem ehemaligen Ersatz-Gemeinderat, welcher alles gleich nochmal verkompliziert und verzögert hat. Nun hat man hier einen konkreten Plan mit Zeitangabe, wie man das angehen will und ein Projekt erarbeiten möchte. Das kostet natürlich wieder Geld.

Die SVP-Fraktion ist bereit, die Mittel zu sprechen, wenn sie dann auch eine saubere Auslegeordnung erhält. Hier vertraut sie auf die Erfahrung, Kompetenz und Integrität vom altbekannten Kurt Boner.

Jeder der jeweils die Jahresrechnungen der Stadt etwas genauer ansieht, erkennt das Potential bei der Thematik familienergänzende Kinderbetreuung. Die Stadt buttert hier jährlich über eine Million an Subventionen hinein. Er hat sich einmal alte Protokolle zu dem Thema herausgesucht. Interessant ist, dass sich in Laufe der Jahre das potentielle Sparvolumen minimiert hat. Vor paar Jahren hat man hier noch von möglichen Einsparungen von 300'000 bis sogar 650'000 Franken gesprochen. Nun und auch im letzten Gemeinderat kam von Nicht-SVPlern die Aussage, die Kinderbetreuung Tagesstrukturen usw. wird wohl sogar noch teurer, weil man das weiter vorantreiben und ausbauen muss. Die SVP kann hier nur staunen, aber ganz ehrlich: wirklich überrascht ist sie nicht. Der Kompass hat Tür und Tor für all dies aufgemacht und die SVP wird auch hier wieder als einsame Warner untergehen wie so oft.

Wo er persönlich halt immer wieder stutzig wird und langsam aber sicher resigniert beim vorliegenden Thema: In einer Gemeinderatssitzung ist das Gejammer gross, dass man finanztechnisch ungünstiges Steuersubstrat anzieht und anlockt. Sprich junge Familien, Familien aus so schon strukturschwachen Gegenden, Familien mit Problemen, Familien mit winzigem oder gar keinem Einkommen. Eben weil man hier in Grenchen ein All-Inclusive-Rundumsorglopaket anbietet und sogar ständig weiter ausbaut. Und dann im nächsten Gemeinderat sagen die gleichen Personen und eben Befürworter, dass es halt schon noch problematisch ist, dass man die sogenannten falschen Personen anzieht und dadurch immer weiter abrutscht und immer mehr Almosen aus dem innerkantonalen Finanzausgleich erhält, weil man vor allem auch soziodemographisch einfach ständig weiter absteigt. Es tut ihm leid, aber das hat einfach wirklich schizophrene Züge.

Es ist auch das Gleiche wegen der in der Vorlage endlich erwähnten Überprüfungen der Elternbeiträge, was die SVP schon seit zig Jahren immer wieder gefordert hat. Es ist einfach ein kompletter Witz, wenn man sein Kind dem Staat überlassen kann für einen All-Inclusive-Service mit Betreuung und Mahlzeiten für den Preis eines Happy Meals pro Tag oder einer Packung Zigaretten. Und dann fragt man sich, wieso man einen Zustrom hat von gewissen Einkommensschichten und ausser grossen Augen bei der Jahresrechnung und dem Budget passiert hier genau gar nichts. Er ist gespannt, was hier im Rat los sein wird, wenn die Prognosen betreffend Arbeitslosigkeit und vor allem Anstieg bei der Sozialhilfe im Kanton Solothurn wirklich so kommen, wie Planungen aktuell sich vorbereiten und aktuell noch nicht öffentlich sind. Der Gemeinderat kann nicht ständig bestellen, ausbauen und erweitern und sich dann Fragen, wo das Geld hin ist.

Wie gesagt, die SVP wird den Anträgen folgen und den Output dann sehr genau und kritisch anschauen.

- 2.3 Endlich geht es in der leidigen Geschichte der Kinderbetreuung vorwärts, meint Gemeinderätin Nicole Hirt. Die glp ist sich einig, dass Familie und Beruf vereinbar sein müssen. Allerdings teilt sie nicht die Meinung, dass diese Kinderbetreuung auf Kosten der Allgemeinheit geschehen soll.

Im Jahr 2018 hat die Stadt dazu über 1.2 Mio. Franken Subventionen geleistet. Und vorhin hat man von Kurt Boner gehört, dass auch die Tagesfamilien in den letzten Jahren mit fast CHF 100'000.00 via Sozialhilfe unterstützt wurden. Laut Kompass soll die Wohn- und Lebensqualität in Grenchen erhöht werden. Dazu beabsichtigt man, gute Steuerzahlende nach Grenchen zu holen.

Die Vorlage der Verwaltung widerspricht somit der Beilage der improve consulting AG, wo auf Seite 3 als Zielsetzung Folgendes vermerkt ist: *„Die Stadt Grenchen bietet ein attraktives Bildungsangebot und unterstützt die familien- und schulergänzende Betreuung von Kindern, um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit zu erleichtern, um die Entwicklung und Integration der Kinder zu fördern sowie die Existenzsicherung von sozial schwachen Familien zu stärken.“*

Die glp ist einverstanden, dass die Stadt ein Angebot schafft, das heisst aber noch lange nicht, dass sie auch dafür aufkommt. Wer seine Kinder betreut haben will, soll das bitte selber berappen. Die glp forderte dereinst die Privatisierung der KiTas und/oder mindestens eine Anpassung der Elternbeiträge, jetzt spricht man von Verselbständigung. Daran hat sich nichts geändert. In dieser Sache muss es nun vorwärts gehen. Die glp wird auf die Vorlage eintreten, den Anträgen zustimmen und ist gespannt auf den Output.

Eine Frage hätte sie noch: Im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan hat man seinerzeit bei den KiTas Sparpotential geortet. Wenn nun Kurt Boner von keiner Sparvorlage spricht, ist sie nun doch ziemlich erstaunt.

- 2.4 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist es als familienfreundliche Stadt unabdingbar, eine vielfältige familienergänzende Kinderbetreuung mit ausreichenden KiTa-Plätzen anbieten zu können. Von einem professionellen und breiten Angebot profitieren neben den betreuten Kindern auch die Eltern, welche eine Auswahlmöglichkeit haben, sowie deren Arbeitgeber. Das angestrebte Angebot soll in Zukunft nicht mehr die Stadt selber anbieten, sondern den bestehenden KiTas die Möglichkeit geben, sich zu verselbständigen und das Feld für neue Anbieter oder Trägervereine zu öffnen. Dies wäre auch eine Chance für die Wirtschaft mit den grossen Arbeitgeber auf Platz, welche selber eine KiTa eröffnen oder bei einem Anbieter KiTa-Plätze für seine Angestellte kaufen könnten. Damit der Gemeinderat abschliessend entscheiden kann, braucht es eine Auslegeordnung und einen Varianten- und Modellvergleich, welche wie in der Vorlage zu lesen ist, von der Projektgruppe ausgearbeitet wird. Dabei ist der CVP-Fraktion sehr wichtig, dass kostendeckende Tarife sowie der Kosten-/Nutzenvergleich der Betreuungsgutscheine aufgezeigt werden. Die CVP ist für Eintreten und unterstützt den Projektvorschlag sowie das geplante Vorgehen.

- 2.5 Gemeinderätin Angela Kummer erklärt, dass die Stadt Grenchen seit langem über Kindertagesstätten verfügt. Seit ein paar Jahren sind die Betreuungsangebote für Primarschulkinder dazu gekommen.

Es ist heutzutage absolut unbestritten dass eine Stadt der Grösse von Grenchen ein entsprechendes Kinderbetreuungsangebot haben muss und was der Mehrwert für die Gesellschaft, vor allem auch für die Wirtschaft ist. Familienergänzende Kinderbetreuung ist ein wichtiger Standortfaktor.

Vor 4 Jahren hat sich die Gemeindeversammlung gegen eine Privatisierung der städtischen Kindertagesstätten ausgesprochen. Jetzt ist man aber an einem komplett anderen Punkt! Es geht um eine Optimierung als Teil der Kompassstrategie d.h. Ziel muss es sein, dass Angebot zu verbessern, d.h. Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen, für

1. diejenigen Elternteile welche arbeiten gehen müssen. Das sind viele arbeitende Alleinerziehende, welche Betreuungsangebote in Anspruch nehmen müssen oder aber auch Familien, die nicht von einem Einkommen leben können, sogenannte Working Poor.
2. Diejenigen Elternteile, die arbeiten gehen wollen. Nutzen ist, dass die Gesellschaft das Potenzial der ausgebildeten Frauen erkennt und einsetzen kann. Dies ist jedoch nur möglich, wenn eine Betreuungsmöglichkeit gegeben ist.

Durch die Überprüfung soll ein Mehrwert für alle Seiten entstehen, d.h. man schaut darauf, dass sich die Arbeitsbedingungen der Fachpersonen Betreuung nicht verschlechtern, nicht dass sie die ganze Zeit als Springer im Einsatz sind und keine fixen Arbeitszeiten und -löhne haben.

Neu zu prüfen sind deshalb auch bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote in den Schulferien, die Möglichkeit, auch Tagesfamilien zu stärken und finanziell zu unterstützen, was gerade für Personen, die Schicht arbeiten, ein Vorteil sein kann.

Ein weiterer Punkt sind die Kosten und die Frage, wie die Kosten aufgeteilt werden. Für viele Familien sind die Kosten im Moment zu hoch. Es braucht ein faireres System als heute. Neu sollen die Firmen, welche einen Nutzen davon haben, am System mitzahlen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und genehmigt den Projektvorschlag und den Nachtragskredit.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Gemäss Konrad Schleiss ist seine Forderung zum Meilenstein 2, dass bei der „*Erfassung Ist-Analyse und Entwicklungspotenziale*“ Eltern, die Kinder für die familienexterne Betreuung abgeben, mit angehört werden, damit deren Standpunkt in dieser Umfrage enthalten ist, sonst weiss er nicht, ob man sich kundenorientiert verhält, wenn die Kunden nicht dabei sind.
  - 3.1.1 Kurt Boner weist darauf hin, dass im Moment eine Umfrage der Schulverwaltung zusammen mit der Fachhochschule läuft, wo Kunden befragt werden. Diese sollte auch noch einiges an Substanz bringen für diese Seite.
  - 3.1.2 Dr. Andreas Näf erklärt, dass man die Gruppe mit Leuten, die Erfahrungen als Kunden haben, ergänzen kann. Man wird auch schauen, was die Befragung, welche die Schule durchgeführt hat, hergibt. Natürlich muss die Kundensicht mit einbeziehen. Sie wird sicher im Zentrum des Modells stehen.

- 3.1.3 Laut Angela Kummer war der Auslöser für Umfrage das Ferienbetreuungsangebot (GRB 2597/03.03.2020). Sie könnte sich vorstellen, dass man zumindest einmal bei den bestehenden zwei KiTas zwei, drei Eltern herauspicken könnte, um die Kundensicht zu haben. Sie fände es schade, wenn man nochmals eine riesige Studie und eine ganze Befragung machen würde, denn das würde das Ganze wieder um Monate verzögern. Sie würde versuchen, es möglichst pragmatisch zu lösen.
- 3.1.4 Nach Ansicht von François Scheidegger ist es wichtig, dass man den Kundenbedürfnissen Rechnung trägt. Einige haben das Gefühl, dass das Angebot der Stadt nicht mehr zeitgemäss ist.
- 3.1.5 Kurt Boner bestätigt dies. Heute ist Flexibilität gefordert. Im heutigen Arbeitsmarkt hat man nicht mehr Arbeitszeiten von 08.00 bis 17.00 Uhr. Das sind Sachen, die mit berücksichtigt werden müssen. Es ist die richtige Sichtweise, dass hier der Kunde auch etwas zu sagen hat.
- 3.1.6 François Scheidegger erklärt, dass dies gemäss Willy Giger auch eine klare Anforderung bei der KiTa Sunnepark ist. Sie soll nicht um 16.30 Uhr schliessen, sondern Leute, die auswärts arbeiten, sollen ihre Kinder auch später abholen können.
- 3.1.7 Konrad Schleiss erinnert daran, dass es früher einmal einen Tagesfamilienverein in Grenchen gab, in dem er selbst als Vertreter der Kunden im Vorstand sass.
- 3.1.8 Kurt Boner weist darauf hin, dass dieser heute kantonalisiert ist (Verein Tagesfamilien Kanton Solothurn, VTKS). Dieser ist zuständig für die (Arbeits-) Bedingungen und die Unterstützung der Familien. Letztlich übt auch der Kanton eine gewisse Kontrolle aus. Es ist völlig klar, dass man nur mit Familien arbeitet, die auch die Bedingungen erfüllen. Hier muss man sich gar nicht darum kümmern, sondern kann sich darauf abstützen, was es schon gibt.
- 3.1.9 Konrad Schleiss würde es begrüssen, wenn man ein bis zwei Vertreter aus diesen verschiedenen Situationen mit in die Gruppe hineinnehmen würde. Dann braucht es keine Studie. Die Erfahrungen mit den Betreuungsangeboten sind vorhanden. Es ist klar, dass Eltern flexibler funktionieren können als grosse KiTas.
- 3.2 Konrad Schleiss schlägt zum Meilenstein 4 (*Modellkonkretisierung*) vor, dass man nicht nur Vertreter der Wirtschaft (IHVG) nimmt, sondern auch Kleingewerbler, allenfalls der GVG, damit die Leute, die dort arbeiten, auch ihre Bedürfnisse einbringen können, und man so zu Lösungen kommt.
- 3.2.1 Kurt Boner denkt, dass man generell Arbeitgeber mit einbeziehen muss. Es gibt noch andere Leistungen als Lohnzahlung, die für Arbeitnehmer/-innen interessant sein können. Es gibt heute grössere Anbieter im sozialen Bereich (Spitäler, Alters-, Behindertenheim etc.) die sich auch des Themas annehmen, weil sie mit Arbeitnehmer/-innen konfrontiert sind, die zum Teil ihre Kinderbetreuung nicht lösen können, und entsprechende Leistungen anbieten (z.B. betriebsinterne KiTas).
- 3.2.2 François Scheidegger unterstützt, dass man auch das Gewerbe mit einbezieht. Er ist überzeugt, dass man hier ein Angebot schafft, das gerade für das Kleingewerbe, für Kleinunternehmen interessant ist, weil sie damit auch ihren Arbeitnehmer/-innen ein Angebot machen können (z.B. mit Gutscheinen).
- 3.2.3 Projektleiter Kurt Boner ist einverstanden, das so zuhanden des Projektteams entgegen zu nehmen.
- 3.3 Gemeinderat Peter Brotschi erkundigt sich betreffend Seite 9, Ziff. 5.4, warum der IHVG und der GVG nicht im Projektteam drin sind. Man macht das nicht für die Stadt,

sondern für die Wirtschaft und das Gewerbe. Die entsprechenden Teilnehmer sollen mandatiert sein, damit sie auch verbindlichen Zusagen machen können. Man muss sie von Anfang an mit ins Boot holen. Es kann nicht die Sache der Stadt sein, einfach alles zu zahlen. Er findet, dass die Arbeitsgruppe sehr öffentlichkeitslastig ist.

3.3.1 Kurt Boner gibt Peter Brotschi Recht. Er handelt hier einfach aus einer gewissen Erfahrung heraus, denn er war mehrfach in Gremien drin, wo man bei entsprechenden Körperschaften um Mitarbeiter/-innen nachgesucht hat. Es war jedes Mal fast unmöglich, diese Vertreter zu erhalten, einerseits müssen die Leute Zeit haben, andererseits müssen sie auch relevant sein und etwas zu sagen haben. Jemand aus der vierten Reihe bringt da gar nichts. Er hat deshalb lieber eine arbeitsfähige Gruppe, welche die Grundlagen ausarbeiten kann. Innerhalb dieses Prozesses kann der Austausch mit anderen Organisationen stattfinden. Der IHVG wurde bereits angesprochen, er hat Interesse mitzudenken. Man wird das nicht vergessen. Man ist sich bewusst, dass, wenn man in den Gemeinderat kommt, man vorher Gespräche mit dem IHVG geführt und seine Stellungnahme mit einbezogen haben muss. Wenn der Verband jemand Relevantes bringen würde, dann würde man sich nicht dagegen wehren. Es müsste aber jemand sein, der etwas entscheiden und mit der Materie etwas anfangen kann.

3.3.2 François Scheidegger versichert, dass das Anliegen angekommen ist.

Es ergeht einstimmig folgender

#### 4 Beschluss

4.1 Dem Projektvorschlag von Kurt Boner (Projektleitung) und 'improve consulting AG' für die Erarbeitung der Umsetzungsplanung samt Zeitplan wird zugestimmt.

4.2 Zu Lasten Konto Nr. 5450.3132.40 (*Leistungen an Familien; Honorare Projekt Familienergänzende Kinderbetreuung*) wird ein Nachtragskredit im Umfang von CHF 34'000.00 genehmigt.

**Vollzug:** SV

GSL  
SV  
Kurt Boner, PL  
FV

2.9.4 / acs

## **Dringliche überparteiliche Motion: Unterstützung des Grenchner Gewerbes und Detailhandels durch ein kundenfreundlicheres Parkplatzreglement bzw. der Einführung einer Gratisparkzeit von 30 Minuten: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung**

1 Mit Schreiben vom 30. Juni 2020 wird folgende dringliche überparteiliche Motion eingereicht (Erstunterzeichner: Robert Gerber):

1.1 Motionstext

### Antrag

*Der Stadtpräsident wird ersucht, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung des Reglements über die Benützung der öffentlichen Parkplätze vorzulegen, welche unter anderem die Einführung einer Gratisparkzeit von 30 Minuten vorsieht.*

### Begründung:

*Sinkende Umsätze, schwächere Kundenfrequenzen und Online-Shopping machen dem Grenchner Gewerbe und Detailhandel schwer zu schaffen. Ebenfalls zu kämpfen hat das Grenchner Gastgewerbe. Der Ausbruch der Corona-Pandemie und deren Aus- und Nachwirkungen, haben die Situation noch verschärft. Eine rasche Rückkehr zur „Normalität“ ist noch nicht absehbar. Mit anderen Worten: Die Zeit drängt und es besteht unbestritten Handlungsbedarf, das Grenchner Gewerbe nach Möglichkeit zu unterstützen.*

*Es wäre dem Image der Stadt abträglich, wenn Ladengeschäfte und Gastrobetriebe wegen schlechter Umsatzzahlen und unnötig erschwerten Rahmenbedingungen schliessen müssten. Die Möglichkeiten der Stadt, das Gewerbe und den Detailhandel zu unterstützen, sind zwar beschränkt, aber es gibt einzelne Massnahmen, die in der Kompetenz der Stadt liegen. Eine dieser Massnahmen, ist die Tarifgestaltung bei den Parkgebühren.*

*Der Stadtpräsident wird ersucht, das Parkplatzreglement mit der Bestimmung zu ergänzen, dass die Gebührenpflicht für Parkplätze und Parkfelder, die mittels Parkuhren, Ticketautomaten und dergleichen bewirtschaftet werden, für die ersten 30 Minuten entfällt und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen. Abschliessend wird die Gemeindeversammlung darüber zu befinden haben.*

*Mit der Einführung einer angemessenen Gratisparkzeit, beweist die Stadt, dass sie gewillt ist, eine aktive Standort- und Zentrumsförderung zu betreiben und den von Corona gebeutelten Grenchner Ladengeschäften und Gewerbebetrieben, auch in naher Zukunft beizustehen. Mehr Einkäufe bedeuten mehr Umsätze, mehr Umsätze bedeuten mehr Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplätze bringen auch mehr Steuererträge.*

*Zudem verschwinden die bestehenden Verzerrungen zwischen den Parkkosten im Parkhaus des Grossverteilers - die erste Stunde ist dort bekanntlich gratis - und auf den Parkplätzen vor den einzelnen Grenchner Detailhandelsgeschäften bis zu einem gewissen Grad.*

## 2 Begründung der Dringlichkeit durch den Motionär

- 2.1 Bis die Motion, so Gemeinderat Robert Gerber, behandelt werden kann und bis das Parkplatzreglement vor die Gemeindeversammlung kommt, vergeht wieder Zeit. Wenn man auf den Zwischenschritt verzichten will, ist die Motion heute als dringlich zu behandeln.

## 3 Erläuterungen zur Dringlichkeit

- 3.1 Laut Stadtpräsident François Scheidegger kann die Motion dringlich erklärt werden. Die Dringlichkeit der Motion begründet sich dadurch, dass sie gleichzeitig mit dem Traktandum 5 „Parkgebührenordnung, Teilrevision (Kurzzeitparkplätze)“ (GRB Nr. 2648 vom 30.06.2020) behandelt werden soll, damit man keine Zeit verliert.

## 4. Dringlichkeit

- 4.1 Keine Wortmeldungen.

Gestützt auf § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates ist vorerst über die Dringlichkeit der Motion zu entscheiden.

Es ergeht mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

- 4.2 Beschluss:

Die Motion wird dringlich erklärt.

## 5 Diskussion

- 5.1 Siehe Traktandum 5 „Parkgebührenordnung, Teilrevision (Kurzzeitparkplätze)“ (siehe GRB Nr. 2658 vom 30.06.2020: 1. Lesung der Vorlage Stapo/10.06.2020)

Es ergeht mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, folgender

## 6 Beschluss

- 6.1 Das Motion wird erheblich erklärt.

**Vollzug:** Stapo

Stapo  
Stadtschreiberin

6.3 / acs

## **Parkgebührenordnung, Teilrevision (Kurzzeitparkplätze)**

Vorlage: Stapo/10.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Polizeikommandant Christian Ambühl fasst die Vorlage zusammen.

1.2 Stadtschreiberin Luzia Meister gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

2.1 Wie Gemeinderat Robert Gerber ausführt, wurde am 2. Juli letztes Jahr die am 22. Januar des letzten Jahres eingereichte Motion mit dem Text, wie er in Ziffer 1.5 der Vorlage zitiert ist, mit grossem Mehr erheblich erklärt. Heute, ein Jahr später, berät man über die damals geforderte Tarifrevision oder besser gesagt über eine Tarifkorrektur. Wer das Protokoll des GRB Nr. 2508 vom 2. Juli 2019 gelesen hat, stellt fest, dass in der Diskussion deutlich zum Ausdruck kam, dass gerade vor und in unmittelbarer Nähe der wenigen, noch verbliebenen Detailhandelsgeschäften, die Mindestgebühr von einem Franken der Stein des Anstosses war und vor allem, dass tariflich kaum noch Kurzzeitparkplätze existieren. Es erstaunt deshalb schon etwas, dass diesem Umstand mit dem Antrag, wie er nun vorliegt, kaum Rechnung getragen wird. Das Grundanliegen, der mit grossem Mehr überwiesenen Motion, nämlich die Liquidation der einfränkigen Mindestgebühr und die Wiedereinführung von Kurzzeitparkplätzen, die diesen Namen auch verdienen, ist nicht berücksichtigt worden. Es gäbe gute Gründe, die Vorlage, wie sie heute vorliegt, zur Überarbeitung zurückweisen. Dem steht Folgendes entgegen: Gegen Ende des letzten Jahres hat der Gemeinderat beschlossen, den Parkplatz Postplatz Nord mit einem Schrankensystem zu versehen und damit der leidigen Geschichte des blossen Auto Abstellens auf diesem Platz ein Ende zu bereiten. Wenn man diese Vorlage zurückweist, gibt es Ende Sommer, wenn das neue Schrankensystem in Betrieb genommen werden soll, keinen gültigen Tarif für diesen Parkplatz. In der Diskussion über die Motion am 2. Juli letzten Jahres, wurde auch über eine allfällige Gratisparkzeit geredet. Eine solche wurde von einigen Diskussionsteilnehmenden befürwortet. Dies steht heute nicht zur Diskussion, weil dazu das Reglement über die Benützung der öffentlichen Parkplätze, das von der Gemeindeversammlung am 13. Dezember 2001 genehmigt wurde, geändert werden müsste. Dort ist, wenn man den § 7 liest, keine Gratisparkzeit vorgesehen. Allerdings, wenn man sich den § 8 desselben Reglements zu Gemüte führt, könnte der findige Jurist oder die Juristin auch etwas anderes lesen. Dort heisst es nämlich, der Gemeinderat erlässt Ausführungsbestimmungen. Er legt insbesondere die Gebühren im Rahmen von § 7 fest und bezeich-

net in einem Plan, die gebührenfreien und gebührenpflichtigen Kurz- und Langzeitparkplätze etc. etc. Da liesse sich ja auch etwas von Gratisparkzeit hineininterpretieren. Aber lassen wir das für heute.

In der Zwischenzeit gab es Veränderungen. Seit März dieses Jahres sieht die Welt, auch in Grenchen, anders aus. Man versucht Corona und seine Auswirkungen zu meistern. Es wurden Hilfspakete auf die Beine gestellt. Auch in Grenchen wurde in Zusammenarbeit mit dem GVG etwas auf die Beine gestellt. Zwar war in der Zeitung zu lesen, dass der Verkauf der Gutscheine harzig angelaufen sei. Aber das kann ja noch werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob nicht eben doch eine Gratisparkzeit eingeführt werden sollte. Um dem Corona gebeutelten Grenchner Gewerbe, insbesondere dem Detailhandel unterstützend beizustehen. Das braucht man jetzt und nicht am Sankt Nimmerleinstag! Langer Rede kurzer Sinn. Heute wird ein überparteilicher Vorstoss eingereicht, der eine Revision des Parkplatzreglements verlangt, welche auch Gratisparkzeit vorsieht. Nachher, wenn das alles den Genehmigungsweg gegangen ist, muss so oder so eine neue Parkgebührenordnung vorgelegt und genehmigt werden. Damit die Motion als erfüllt abgeschrieben werden kann, sind sowohl die in Ziffer 2.5 erwähnte Variante 1 (grün unterlegt) als auch die Variante 2 (rot unterlegt) zu beschliessen. Er hat einen entsprechenden Antrag schriftlich abgegeben.

Er stellt folgenden Antrag zur Änderung der Parkgebührenordnung:

„4. Antrag an den Gemeinderat und Beschlussesentwurf

4.1 Die Parkgebührenordnung (Kurzzeitparkplätze) wird wie folgt geändert:

I. Die Gebühren betragen:

1. Kurzzeitparkplätze

<b>Zone</b>	<b>Minuten</b>	<b>pro halbe Stunde / Rappen</b>	<b>kumuliert / Rappen</b>	<b>Gebührenpflicht</b>	<b>max. Parkzeit / Minuten</b>
K 1	00 – 30	50	50	24 Std.	30
K 2	00 – 30	50	50	Mo – Sa 08 - 19	30
K 3	00 – 30	50	50		45
	31 – 45		100		
K 4	00 – 30	50	50		60
	31 – 60		100		
K 5	00 – 31	50	50	120	
	31 – 60	50	100		
	61 – 90	100	200		
	91 – 120	100	300		
K 6	00 – 60	50		Mo – Sa 08 – 19	gemäss Signalisation
	61 – 180	100			
	181 – 300	150			
	>300	200			
	generell	20		Mo – Fr 19 -08 Sa 19 – Mo 08	

4.2 Für die Zonen K 1 bis K 6 wird keine Minimalgebühr erhoben.

4.3 Die Motion Gerber wird als erfüllt abgeschrieben.“

Diesen Antrag hat er gestern der Stadtschreiberin und den Fraktionschefs übergeben.

In Ergänzung zum Vorschlag für die Zone K6, schlägt er ich vor, den Tarif abends ab 7 Uhr bis morgens um 8 Uhr und von Sa abends 7 Uhr bis Montag morgens 8 Uhr auf 20 Rappen pro halbe Stunde festzulegen, anstatt auf 50 Rappen, wie es der Antrag der Verwaltung vorsieht.

Mit diesen Formulierungen Ziff. 4.2, wäre dann auch die leidige Diskussion in Sachen Mindestgebühren vom Tisch. Mindestgebühren für Kürzest-Parkzeiten verärgern den Benutzer und die Benutzerin und verleiten dazu, gar keine Parkgebühr zu zahlen.

Er kennt die Einwände, das Reglement sehe eine Mindestgebühr vor. Seit Inkrafttreten der Parkgebührenordnung 2002 bis 2016 wurden keine Mindestgebühren erhoben. In der Parkgebührenordnung ist lediglich bei den Parkplätzen Park & Ride explizit von einer Mindestgebühr von 2 Franken die Rede.

Die FDP-Fraktion wird auf diese Vorlage eintreten und ihr, wenn der entsprechende Antrag gutgeheissen wird, auch zustimmen. Er bittet dem Rat, das Gleiche zu tun.

- 2.2 Für die SP-Fraktion, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, kommt die Vorlage etwas unübersichtlich und wirr daher. Einerseits sind wesentliche Forderungen aus der Motion Robert Gerber FDP nicht klar enthalten und andererseits sind die aufgelisteten Parkgebühren neu und alt nicht verständlich dargestellt. Soweit die SP dies aus der Vorlage entnehmen können, betrifft die Teilrevision nur den neu geplanten Schranken-Parkplatz Rainstrasse Postplatz Nord (K6) und wird als Variante 1 zur Genehmigung empfohlen. Die Variante 2 zeigt eine mögliche Reduktion der Mindestgebühr bei Kurzzeitparkplätzen um 50 % auf, d.h. von CHF 1.00 auf neu 50 Rappen.

Die von Robert Gerber bereinigte Vorlage (keine Mindestgebühr, Abstufungen nach 10 Minuten System wie beim früheren Regime) ist für die SP-Fraktion eine ad hoc Übung und muss im Zusammenhang mit der Vorlage noch einmal näher geprüft werden. Das Geschäft läuft so Gefahr, zu einem türkischen Bazar zu werden. Es kann nicht sein, dass der Gemeinderat über Parkgebühren im Rappen-Niveau hin und her diskutiert. Die SP spricht sich für eine Mindestgebühr von 50 Rappen aus. Es hat auf die Verkaufsumsätze des Gewerbes im Stadtzentrum wohl kaum einen Einfluss, ob die Kurzzeitparkplätze für die erste Stunde 20 Rappen oder 50 Rappen kosten. Die Gratisstunde gibt es nach wie vor im Parkhaus, was auch richtig so ist.

Damit das Geschäft nicht ganz aus dem Ruder läuft, schlägt die SP vor, die Vorlage als 1. Lesung zu behandeln. Sie ist für Eintreten.

- 2.3 Laut Gemeinderat Ivo von Büren ist auch die SVP-Fraktion nicht sehr zufrieden mit der Vorlage, die unübersichtlich und schwer zu verstehen ist. Eine Gegenüberstellung vorher und nachher wäre hilfreich gewesen. Zur Parkplatz-Geschichte als solche ist zu sagen, dass die SVP seit Jahren Gratis-Parkplätze fordert. Bis jetzt wollte man nichts davon wissen. Nun kommt eine überparteiliche Motion, welche die SVP auch unterschrieben hat, die das einfordert. Die anderen Parteien haben lange gebraucht, bis man drauf gekommen ist, aber am Schluss sind auch sie einsichtig geworden! Der SVP ist auch klar, dass es eine Reglementsanpassung braucht. Interessant ist, dass in Ziff. 4.1 des Antrages und Beschlussesentwurfs der Nachttarif nicht enthalten ist. Die SVP wird auf die Vorlage eintreten und die entsprechenden Anpassungen der Anträge noch bekannt geben.

- 2.4 Das, was hier abgeht, so Gemeinderätin Nicole Hirt, ist peinlich. Die FDP-Fraktion will, dass das Schrankensystem unbedingt im Sommer installiert werden soll, und verlangt noch Gratis-Parkplätze. Eine Reglementsänderung muss vor die Gemeindeversammlung. Die nächste ist am 22. September 2020. Wie will man dann mit dem Schrankensystem starten? Gratis-Parkplätze sind out, das ist nicht mehr zeitgemäss. Will man als Energie- und Technologiestadt im Grünen Gratis Parkplätze anbieten? Das geht doch nicht. Das müsste diesmal sogar die FDP und die SVP einsehen. Was sie hier erzählen, ist einfach nicht attraktiv. Wenn man die 20 Rappen anschaut, die von der FDP am Wochenende vorgeschlagen werden, dann heisst das, dass man das Auto von Samstagabend bis Montagmorgen für CHF 7.40 parkieren kann. Man kann sich vorstellen, wie das herauskommt. Sie lässt sich gerne belehren, wenn sie falsch gerechnet hat. Sie verlangt, dass nochmals über die Bücher gegangen wird. Die Vorlage ist sicher nicht ganz einfach, aber wenn man es genau anschaut, kommt man draus. Weil es ein riesiges Durcheinander gegeben hat, ist die glp auch dafür, dass man heute eine 1. Lesung durchführt und dann nochmals mit etwas Definitivem kommt, hinter dem alle stehen können. Das mit den Gratis-Parkplätzen kann man sich abschminken. Wo gibt es das noch?
- 2.5 Gemeinderat Peter Brotschi meint, dass die CVP-Fraktion für Eintreten ist. Es gibt Gratis-Parkplätze in anderen Städten. Er hat es selbst in Lyss BE, Payerne VD und Liestal BL erlebt.
- 2.6 Gemeinderat Richard Aschberger gibt seinem Erstaunen Ausdruck. Ständig gibt man in diesem Rat Geld für Studien, Projekte, Versuche usw. aus. Man versucht, dem Gewerbe, wo auch immer möglich, zu helfen. Nun plant man ein Schrankensystem und plötzlich ist auch dort die Funktion Gratis-Parkieren nicht mehr möglich. Zu Nicole Hirt meint er, dass es bereits Gratis-Parkplätze in Grenchen gibt (im Coop-Parking u.a.m.), wo man für eine bestimmte Dauer kostenlos parkieren kann, um seine Geschäfte abzuwickeln. Er war auch schon in Basel, wo er mitten auf der Einkaufspromenade 15 Minuten gratis parkieren konnte. Sogar in Montreux mitten auf der Hauptstrasse sind die ersten 10 Minuten kostenlos, danach kostet es CHF 2.00. Die FDP zeigt wirklich schizophrene Züge. In den letzten 10 Jahren hat sie x Mal ihre Meinung geändert. Er hat die Beschlüsse zusammengesucht. Z.B. im 2016 war sie auch für die Erhöhung der Mindestparkgebühr. Er hat auch Aussagen von Robert Gerber gefunden, wo er auf der SVP herumgehackt und gesagt hat, dass er nie Gratis-Parkplätze gefordert habe. Und heute ist der Erstunterzeichner der Motion derselbe FDPler. Es wurde auch auf § 7 des Reglements über die Benützung der öffentlichen Parkplätze verwiesen, wonach Gratis-Parkplätze nicht möglich sein sollen. Was macht man dann seit 2, 3 Jahren mit der Parkingpay APP und den ersten kostenlosen 15 Minuten? Ist das alles plötzlich illegal, was gemacht wurde und erst noch von der Polizei? Irgendetwas beisst sich hier. Wie gesagt, die SVP wurde immer ignoriert, übrigens auch der Gewerbeverband von Grenchen, der das auch gefordert hat. In mehreren Jahresberichten war drin, dass man etwas machen soll (15 oder 30 Minuten gratis parkieren in Grenchen). Dann immer dieses Gejammer. Wenn ein Laden in Grenchen schliesst, zeigt man Krokodilstränen und sagt, wie tragisch das ist. Natürlich ist der Gemeinderat hier nicht alleine zuständig für den Untergang des innerstädtischen Gewerbes, aber mit seiner Windfahnen-Politik verschuldet er es mit. Bei der SP weiss man wenigstens, woran man ist. Sie will das Zentrum möglichst autofrei haben, ohne Verkehr, ohne irgendetwas. Das ist ihre Meinung und das ist auch legitim, aber wenigstens ändern sie nicht bei jedem Gemeinderat oder jedem zweiten Gemeinderat ihre Meinung. So kann man nicht arbeiten.

Wenn man jetzt wieder damit kommt, dass man eine 2. Lesung durchführen soll, kann er nur lachen. Für die, welche sich fragen, was Gratisparkieren dem Gewerbe bringt, kann er Folgendes auf den Weg geben: Wenn man eine Nussstange im Eldorado kaufen will, die CHF 2.00 kostet, und die Parkgebühr auf dem Parkplatz Nord mit dem Schrankensystem CHF 0.50 ab der ersten Minute kostet, ist das Gebäck auf einmal 25 % teurer geworden. Was passiert dann? Die Autofahrer halten nicht mehr an, sondern fahren zu einem Betrieb weiter, wo man gratis parkieren kann. Diese sind in der Regel ausserhalb der Kernzone. Damit stirbt das Ganze noch schneller aus. Das ist wahrscheinlich die innerstädtische Gewerbeförderung à la FDP. Der Fraktionssprecher der SVP, Ivo von Büren, hat vorhin erwähnt, dass die SVP einen Antrag betreffend Kurzzeitparkieren, insbesondere in der Zone K 6 hat. Kann man bei der Zone K 6 die Funktion Gratis-Parkieren (beispielsweise die ersten 15 oder 30 Minuten) direkt implementieren? Oder ist das vom Reglement her nicht möglich, weil es in die Gemeindeversammlung gehen muss. Die Frage ist dann, warum es mit der Parkingpay APP funktioniert.

2.6.1 Wie Christian Ambühl ausführt, hat man bei der Einführung der Parkingpay APP festgelegt, dass die erste 15 Minuten gratis sind, auch als Anreiz. Man hat nie davon gesprochen, ob das Illegal oder legal ist. Er bezieht sich immer auf die SBB. Dort kann man das Sparbillett auch nicht am Schalter kaufen, sondern muss dafür die APP SBB Mobil benutzen. Es gibt ein gewisses Angebot, das man nur erhält, wenn man es über die APP abwickelt. Illegal ist es ganz sicher nicht. So kann auch eine Stadt sagen, dass die ersten 15 Minuten bei Benutzung des Systems kostenlos sind. Gratis-Parkplätze sind mit einem Schrankensystem absolut möglich. Er kann so viel programmieren, wie er will, aber der Autofahrer kann nur den Parkplatz verlassen, wenn er sein Ticket entwertet bzw. eine Gebühr bezahlt hat. Wenn die ersten 15 Minuten gratis sind, zahlt man ab der 16. Minuten CHF 1.00 (so ist es auch bei der APP). Gratis-Parkplätze kann man nur kontrollieren, wenn es ein Schrankensystem hat oder es elektronisch ist. Wer garantiert ihm, dass derjenige, der auf dem Gratis-Parkplatz vor dem Beck parkiert, wirklich zum Beck geht und nicht woanders hin? Er hat sehr viel Kontakt mit dem Gewerbe. Er hat noch nie gehört, dass das Gewerbe gegen die Mindestgebühr von CHF 1.00 ist. Man kann in der Nacht auch einen Fünfliber verlangen, aber wer kontrolliert das in der Nacht? Wenn man ein Gesetz und eine Regelung hat, muss man es auch kontrollieren. In der Nacht kann es das nicht anbieten. Tagsüber ist man dran. Tarife anzusetzen, die man nicht umsetzen, nicht kontrollieren, das findet er relativ schwierig. Das ist rein seine persönliche Meinung zur Sache.

2.7 Wie Gemeinderat Daniel Hafner ausführt, hat man im Zusammenhang mit dem Agglomerationsprogramm und der grundsätzlichen Stadtplanung der nächsten 20 bis 30 Jahre vermehrt gehört, dass man den Langsamverkehr fördern will. Er findet es richtig und auch zuträglich, dass es aktuell an einigen Ortschaften wie Payerne und Liestal Gratis-Parkplätze gibt, aber wie es bereits Nicole Hirt zu Recht erwähnt hat, ist das unzeitgemäss. Man soll dem Schnellverkehr, dem MIV keinen Vorschub leisten. Das treue Fraueli, das mit dem Bus ins Zentrum fährt, zahlt mit dem Halbtax-Abo CHF 2.80, ohne sogar CHF 3.00 oder CHF 4.00. Man verkauft sich einfach zu günstig. Er ist überzeugt, dass das Gewerbe höchstwahrscheinlich kein Problem mit den aktuellen Parkgebühren hat. Man sollte das Zentrum attraktivieren, die Lust, ins Zentrum hineinzugehen, fördern, und nicht mit Gratis-Parkplätzen, die von vorgestern sind, das Kino und das Gewerbe unterstützen.

Man muss Lebensqualität ins Stadtzentrum bringen und das geht nur mit Entschleunigung und wenn möglich Fernhaltung des MIV vom Stadtzentrum.

- 2.8 Laut Gemeinderat Reto Gasser wurde eine 2. Lesung gefordert. Was verspricht man sich davon? Richard Aschberger hat seinen Rundumschlag jetzt geführt und die eine oder andere Partei hat etwas abgekliegt. Man wird nicht klüger wenn man in einem Monat oder einem halben Jahr wieder hier ist. Man muss schon aufpassen, wenn man die Aussage macht, dass das so in Grenchen nicht mehr geht und man das heute nicht mehr so macht. Er erinnert daran, dass es Städte gibt, die diesen Fehler schon machen, das sind meistens links-grün regierte Städte wie z.B. Bern. Dort zahlt man unglaublich viel für Parkplätze. Aber was bewirkt das? Man überlegt sich drei Mal, ob man überhaupt noch nach Bern einkaufen geht, weil man am Schluss mehr für das Parkieren zahlt, als für die Einkäufe, die man mit nach Hause nimmt. Dort ist man auf dem besten Weg, die Leute zu verschrecken. In Grenchen hat man den Vorteil, dass man ziemlich nahe ans Gewerbe hinfahren kann. Wenn man jetzt Parkgebühren für Kurzzeitparkieren verlangt, dann gibt man diesen Vorteil auch noch aus der Hand. Der Vergleich von Daniel Hafner täuscht und hinkt: Das Fraueli, das für CHF 2.00 in die Stadt fahren muss, muss dafür die Amortisierung für das Auto nicht leisten und hat keine Service. Er macht beliebt, heute abzustimmen.
- 2.9 Robert Gerber hat drei Bemerkungen:
1. Zum Votum von Richard Aschberger: Er ist seit August 2017 im Gemeinderat. In dieser Zeit hat er noch nie gesagt, dass er keine Gratis-Parkzeit will. 2016 war er nicht im Gemeinderat und auch nicht mehr Polizeikommandant.
  2. Zum Votum von Nicole Hirt. Wenn man googelt, findet man selbstverständlich viele Ortschaften und auch viele zum Teil erheblich erklärte politische Vorstösse mit Gratis-Parkplätzen. Die Liste ist relativ lang.
  3. Es wird immer das Wort Gratis-Parkplätze verwendet, er spricht aber von Gratis-Parkzeit. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe. Er verlangt nicht, dass man in der Stadt eine Stunde gratis parkieren kann, wie das gewisse Leute heute bereits tun. Er möchte lediglich, dass die Anfangszeit kostenlos ist, was technisch beim Schrankensystem kein Problem ist. Wenn er die Gebühren K 6 (Postplatz Parkplatz mit Schrankensystem) mit den generellen CH 0.50 (FDP-Antrag beantragt CHF 0.20) anschaut, betrifft das nur das Wochenende (Sa 19 h – Mo 08 h). Hier fehlt noch der Nachtarif werktags Mo – Fr 19 – 08 h. Wenn es nun CHF 7.40 Franken kostet, muss man dazu sagen, dass es jetzt etwa 50 Jahre gratis gewesen ist. Er hat lieber das in der Kasse als weiterhin nichts. Die Parkzeit kann man bei einem Schrankensystem selbstverständlich nicht beschränken. Man muss damit rechnen, dass jemand dort tagelang parkiert, aber er zahlt auch entsprechende Gebühren. So ist es auch im Parkhaus. Die Gratis-Parkzeit kann man heute nicht beschliessen. Das ist gemäss Reglement nicht möglich. Das ist so. Aber man sollte jetzt einmal möglichst rasch mit dem Franken weg und zeitnah die heute eingereichte Motion behandeln. Dort gibt es eine neue Parkgebührenordnung und dort kann man dann von ihm aus über drei Stunden diskutieren!
- 2.10 Ivo von Büren beantragt einen 5-minütigen Sitzungsunterbruch, damit man sich in den Fraktionen einigen kann.
- Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Gemäss François Scheidegger liegt der Antrag der SP vor, die Vorlage als 1. Lesung zu behandeln. Eine 2. Lesung gibt die Möglichkeit, die Vorlage, insbesondere die Anträge nochmals sauber zu präsentieren, damit sie alle verstehen. Man könnte auch die Frage einbauen, wie das mit den Gratis-Parkplätzen ist, wenn man den überparteilichen Vorstoss erheblich erklären möchte. Man könnte das von ihm aus gesehen miteinander kombinieren. Natürlich verliert man etwas Zeit, aber ob das August oder September 2020 wird, spielt dann wahrscheinlich nicht so eine Rolle. Es geht letztlich um die Frage der Schranke.
- 3.1.1 Christian Ambühl erklärt betreffend Zeitachse, dass der Auftrag rausgegangen und die Sache bestellt ist. Es kam auch eine Einsprache. Eine Schranke kann man auch oben lassen. Es steht immer noch eine Parkuhr dort. Die Schranke kann man dann schliessen, wenn man das Gefühl hat, dass man so weit ist. Der Druck ist nicht so gross.
- 3.1.2 Für Gemeinderätin Angela Kummer sind die finanziellen Auswirkungen auch ein grosses Argument. Es gibt hier verschiedene Varianten. Das würde für eine 2. Lesung sprechen und die gewünschte Transparenz bringen. Wenn man jetzt wieder hört, dass überall Schilder geändert werden müssen, findet sie es nicht richtig, wenn man ins Blaue irgendetwas entscheidet. Die SP fordert ein Preisschild für die verschiedenen Varianten.
- 3.1.3 Richard Aschberger findet nicht, dass es eine 2. Lesung braucht. Man kann den überparteilichen Vorstoss beschleunigen, indem man ihn heute dringlich erklärt. Dadurch hat man keinen Zeitverlust.
- 3.1.4 Robert Gerber ist gegen eine 2. Lesung. Es liegen Anträge der Verwaltung und der FDP vor. Bis die Motion behandelt werden kann und bis das Parkplatzreglement vor die Gemeindeversammlung kommt, vergeht wieder Zeit. Wenn man auf den Zwischenschritt verzichten will, ist die Motion heute als dringlich zu behandeln.
- 3.1.5 Laut Stadtpräsident François Scheidegger kann die Motion dringlich erklärt werden. Die Dringlichkeit der Motion begründet sich dadurch, dass sie gleichzeitig mit dem vorliegenden Geschäft behandelt werden soll, damit man keine Zeit verliert.
- 3.1.6 Für Alexander Kaufmann spricht nichts gegen eine 2. Lesung. Man soll nicht stur sein. Grenchen ist eine Autostadt. Das muss man akzeptieren. Die Sache verdient es, genauer angeschaut werden. Er findet es nicht gut, wenn man im letzten Moment mit Anträgen kommt, die dann ein Timeout nötig machen.

*Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.*

- 3.2 François Scheidegger hält fest, dass die Fraktionen bereit sind, die überparteiliche Motion als dringlich zu behandeln. Siehe dazu Traktandum 4 „*Dringliche überparteiliche Motion: Unterstützung des Grenchner Gewerbes und Detailhandels durch ein kundenfreundlicheres Parkplatzreglement bzw. der Einführung einer Gratisparkzeit von 30 Minuten: Beschluss über Dringlichkeit und Erheblicherklärung*“ (siehe GRB Nr. 2657 vom 30.06.2020: Erheblicherklärung der dringlichen Motion vom 30.06.2020).
- 3.3 Wird der Antrag, die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen, gutgeheissen, so François Scheidegger, wird mit der 2. Lesung (bereinigte Vorlage inkl. Varianten) automatisch die erheblich erklärte überparteiliche Motion behandelt.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

**Vollzug:** Stapo / Stadtschreiberin

Stapo  
FV

6.3 / acs

## **Interpellation Remo Bill (SP): Überprüfen der Kommissionen der Stadt Grenchen?: Beantwortung**

Vorlage: KZL/16.03.2020

1 Mit Datum vom 3. März 2020 reichte Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

*An der Gemeinderatssitzung vom Dienstag, 25. Oktober 2016, habe ich zum Massnahmenpaket 2 unter Ziffer 3.8.3 die Überprüfung der Kommissionen der Stadt Grenchen für die Legislatur ab 2017 hinsichtlich Aufgaben, Qualität, Effizienz und Sitzungsgeld beantragt.*

*Mein Antrag wurde vom Gemeinderat mit 7: 6 Stimmen, bei 2 Enthaltungen angenommen. Es sind seit dieser Gemeinderatssitzung 3 1/2 Jahre vergangen und von der Stadtverwaltung wurde in dieser Hinsicht nichts unternommen. Das kann ich so nicht akzeptieren!*

*Es gibt gewisse Kommissionen, die fachlich unterdotiert sind, wo man ein Pflichtenheft oder ein Anforderungsprofil erstellen müsste. Die Parteien haben aber auch zusehends Probleme, Personen zu finden, welche bereit sind, Kommissionsarbeit für die Stadt Grenchen zu leisten.*

*Im Jahr 2021 beginnt die neue Legislatur, darum bitte ich die Stadtverwaltung um Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Bis wann werden die Resultate der im Oktober 2016 verlangten Überprüfung der Kommissionen vorliegen?*
- 2. Bei welchen Kommissionen existiert ein Pflichtenheft oder Anforderungsprofil für Kommissionsmitglieder/-innen?*
- 3. Ist es möglich, z.B. bei der Bau- und Planungskommission BAPLUK eine externe, politisch unabhängige Fachbegleitgruppe ab der neuen Legislatur einzusetzen?*

2 Beantwortung

2.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation von der Stadtschreiberin beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen.

Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

### 3 Begründung

3.1 Vize-Stadtpräsident Remo Bill ist mit der Beantwortung seiner Interpellation nur zum Teil zufrieden. An der Gemeinderatssitzung vom 25. Oktober 2016 hat er zum Massnahmenpaket 2 die Überprüfung der Kommissionen der Stadt Grenchen für die Legislatur ab 2017 hinsichtlich Aufgaben, Qualität, Effizienz und Sitzungsgeld beantragt. Sein Antrag wurde vom Gemeinderat angenommen. Seit diesen 3 1/2 Jahren liegt noch immer nichts Konkretes vor. Zurzeit - und das ist für ihn ein Hoffnungsschimmer - ist eine Vorlage „Kommissionen und weitere ständige Gremien“ in Bearbeitung und sollte nach den Sommerferien als 1. Lesung in den Gemeinderat kommen. Für ihn ist wichtig, dass die Vorlage bis zu Beginn der neuen Legislatur bereinigt und verabschiedet ist. Die Kommissionen sind ein wichtiges Instrument im heutigen politischen System der Stadt Grenchen. Das „Parteibüechli“ genügt in der heutigen Zeit nicht mehr, um in einer Kommission dabei zu sein. In Zukunft sollten Kommissionsmitglieder Fachkompetenz, innovatives und teamorientiertes Denken mitbringen. Da sind alle Parteien gefordert, ihren Beitrag zu leisten. Nur so kann die Verwaltung der Stadt Grenchen durch effiziente Kommissionsarbeit unterstützt werden.

4 Das Geschäft wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Stadtschreiberin  
BD

0.1.8 / acs

**Festlegung nächste Gemeindeversammlung auf den 22. September 2020**

Vorlage: KZL/15.06.2020

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtpräsident François Scheidegger gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Die nächste Gemeindeversammlung wird auf den 22. September 2020 festgelegt.

**Vollzug:** KZL

FV  
BD  
SWG

0.1.2 / acs

## SWG: Corporate Governance Prinzipien (CGP)

Vorlage: KZL/04.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Rechtsanwalt Bruno Heynen, Binder Rechtsanwälte, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno meint, dass das primäre Ziele als Eignervertreterin darin besteht, eine klare Aufgabenteilung zwischen dem Gemeinde- und Verwaltungsrat sowie eine Entpolitisierung und Professionalisierung des Verwaltungsrates zu erreichen. Mit der Eignerstrategie und den vorliegenden Corporate Governance Prinzipien kommt man diesem Ziel ziemlich nah, dafür dankt die CVP-Fraktion den Herren Heinen und Binder. Die CVP sieht im Einsetzen des NGK-Gremiums einen sehr grossen Nutzen, denn dieser schlägt dem Gemeinderat Personen vor, welche fachlich wie auch persönlich den Kriterien und Anforderungsprofil entsprechen sowie zu einer optimalen Zusammensetzung des Verwaltungsrates führen sollen, welcher die SWG weiterentwickeln wird. Die Zusammensetzung mit zwei Fachpersonen respektive VR-Szenekennern sowie dem Stadtpräsidenten ist für die CVP der Schlüssel zum Erfolg. Betreffend den Verwaltungsrat ist dieser wie vorgeschlagen mit fünf Personen zu bestücken. Die Ausweitung auf max. 7 Personen soll nur dann zur Anwendung kommen, wenn neue und abtretende Verwaltungsräte für eine gewisse Zeit als Übergang gleichzeitig einsitzen. Im Verwaltungsrat nimmt neben dem Stadtpräsidenten, welcher bewusst nicht mehr als Verwaltungsratspräsident amtiert, auch ein zweiter Gemeinderat Einsitz. Dieser soll mit seinen Kenntnissen zu Grenchen, den besonderen Eigenheiten und als Eigner sowie zur Wahrung der Interessen der Stadt dienen und den divers zusammengesetzten Verwaltungsrat komplementieren. Wichtig ist der CVP dabei, dass der gewählte Gemeinderat über genügend Zeitressourcen und Interesse an der Materie sowie über eine kritische und hinterfragende Haltung verfügt. Die jährliche Wiederwahl des Verwaltungsrates ist eine gute Lösung, welche die CVP sehr begrüsst. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt den Anträgen so zu.
- 2.2 Gemeinderat Daniel Hafner hat zuerst eine formelle Bemerkung: Im Antrag Ziff. 5.1 steht ein falsches Datum. Es handelt sich um die Version 04.06.2020 (nicht 26.05.2020). Die SP-Fraktion nimmt Kenntnis vom Vorgehen in Bezug auf die Erarbeitung der Corporate Governance Prinzipien und unterstützt sie.

Spezifisch zum Punkt Verwaltungsrat: Sie plädiert auf maximal 5 Mitglieder, wovon der Stadtpräsident in seiner Funktion als Bindeglied zwischen Politik und Verwaltungsrat einen Sitz erhält. Die übrigen Sitze sollen in erster Linie durch Fachpersonen besetzt werden, die jeweils von einem Nominations- und Governance-Komitee vorgeschlagen werden sollen. Mit der Eignerstrategie verfügt die Politik über ein griffiges Steuerungsinstrument. Der Verwaltungsrat soll in erster Linie fachkompetent sein und entsprechend möglichst agil und effizient arbeiten und wirken können. In diesem Sinne heisst die SP die Corporate Governance Prinzipien in der vorliegenden Form gut.

- 2.3 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Fabian Affolter, unterstützt das vorliegende Dossier und ist froh dass es vorwärts geht. Sie dankt für die geleistete Arbeit. Ihre Anliegen sind, dass ein aktiver Gemeinderat als zweites Mitglied im Verwaltungsrat Einsitz hat, so dass die Interessen der Stadt auch repräsentiert werden, und der Verwaltungsrat aus maximal 5 Mitgliedern besteht. Mit 7 Verwaltungsräten wird die Diskussion grösser und dadurch die Produktivität ein wenig eingeschränkt.
- 2.4 Wie Gemeinderätin Nicole Hirt ausführt, begrüsst die glp die Absicht, dass der Verwaltungsrat aus einem fachlichen Gremium bestehen soll. Fast alles wurde bereits gesagt, Mit den Vorschlägen ist die glp einverstanden. Sie wird den Anträgen zustimmen, allerdings hat sie eine Frage: Was haben diese Prinzipien im Vergleich zu heute für ein Preisschild? Was sind die Kosten im Vergleich zu heute? Wenn der Verwaltungsrat schweizweit rekrutiert wird, hat das Auswirkungen auf die Kosten des Mandats.
- 2.4.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wird es einerseits günstiger, weil es weniger Mitglieder sind, andererseits sind es hochqualifizierte Leute, die entsprechend entlohnt werden müssen. Es macht natürlich auch einen Unterschied, ob das ein 5er- oder 7er-Verwaltungsrat ist. Bis jetzt hat man einen Verwaltungsrat, der günstig unterwegs ist. Man hat auch entsprechende Vergleiche unternommen. Man weiss auch, dass die Honorare angepasst werden müssen, sonst findet man wahrscheinlich nicht die Leute, die man gerne hätte. Es wird noch Teil des weiteren Prozesses sein, die Abgeltungen zu definieren. Das kommt nochmals in den Gemeinderat. Unter dem Strich geht er davon aus, dass es etwas mehr kosten wird. Das wird man noch sehen. Der heutige Verwaltungsrat ist sicher an der unteren Grenze der Entschädigung.
- 2.4.2 Rechtsanwalt Bruno Heynen ergänzt, dass der Verwaltungsrat mehr Sitzungen haben und länger tagen wird. Die Verwaltungsräte werden einen umfangreicheren Job haben. Schon deswegen muss das Honorar erhöht werden, auf der anderen Seite sind es dann weniger VR-Mitglieder.
- 2.4.3 Laut Prof. Dr. Andreas Binder wird von den Verwaltungsräten Strategiearbeit verlangt. Ihre Aufgabe ist es, mit der Geschäftsleitung das Unternehmen im Wettbewerb erfolgreich zu führen. Das ist zeitintensiv und aufwendig. Seine Erfahrung ist sehr häufig, dass man sagt, dass es den Verwaltungsrat gar nicht braucht, weil man ja die Geschäftsleitung hat. Auch bei KMUs sieht man das. Dann erhalten die VR-Mitglieder ein tiefes Honorar. Das Ergebnis ist: man hat entweder die falschen Leute oder solche, die sagen, dass sie es für so ein Honorar nicht machen. Gute Leute bekommt man jedenfalls nicht dafür. Man muss die Kosten der Unternehmungsführung insgesamt anschauen (für den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung). Sicher wird ein Verwaltungsrat mit grösseren Aufgaben mehr kosten. Man will ja ein gutes System.

Man muss sich vom überholten VR-Verständnis verabschieden, dass das kein richtiger Job sei und die VR-Mitglieder froh sein müssten, wenn sie etwas erhalten. Er würde ein vernünftiges Salär zahlen. Die Verwaltungsräte müssen sich bewusst sein, was für eine grosse Verantwortung und was für zeitaufwendige und anspruchsvolle Aufgaben sie haben. Seiner Überzeugung nach ist das gut investiertes Geld. Es entscheidet letztlich der Gemeinderat. Es wird tendenziell teurer, aber er kann nicht sagen, wie hoch genau.

2.5 Gemeinderat Reto Gasser ist irritiert, dass man solche Fragen bereits im Rahmen des Eintretens behandelt, und weist darauf hin, dass die Entschädigung in einer separaten Vorlage kommt. Er möchte nochmals den Finger auf das zentrale Merkmal *Verwaltungsrat* und der *Verwaltungsrats-Besetzung* legen. Die Gemeinderatskommission hat sich schon Gedanken gemacht, warum zwei Vertreter der Stadt Grenchen im Verwaltungsrat SWG sein sollen und nicht nur der Stadtpräsident allein. Es geht darum, dass der Stadtpräsident, der nicht mehr VR-Präsident, sondern ordentliches Mitglied sein soll, auch einen Support hat und nicht überfahren wird. Er findet es etwas schade, dass gewisse Verwaltungsräte SWG nach dem GRK-Beschluss meinten, sie müssten Druck aufsetzen und sagen, dass ginge nicht und man würde den Verwaltungsrat wieder verpolitisieren, anstatt zu professionalisieren. In anderen Worten heisst das, dass die betreffenden Verwaltungsräte SWG niemanden im Gemeinderat als Verwaltungsrat für geeignet halten. Er geht allerdings davon aus, dass man im Gemeinderat schon Leute finden wird, die Interesse, das Know-how und die Freiheit haben, den Gemeinderat und die Stadt vertreten zu können. Vom professoralen Stuhl würde er das vielleicht auch so empfehlen, aber wenn man die Vorgeschichte kennt und das ein wenig gelebt und gespürt hat, ist es halt schon so, dass in der Vergangenheit ein gewisses Misstrauen entstanden ist. Aus dem heraus wächst der Anspruch des Gemeinderates resp. der FDP-Fraktion, dass zwei Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat sein sollen, sprich neben dem Stadtpräsidenten soll noch ein weiteres GR-Mitglied dabei sein. Er denkt aber auch, dass es dann durchaus Sinn machen kann, den Verwaltungsrat auf 7 Mitglieder zu erhöhen, damit man die Chargen, die man unbedingt besetzt haben will, in den 5 besetzen kann und hoffentlich auch ein Gemeinderat eine gewisse Funktion schon einmal mitbringt. Das wäre das Ziel. In diesem Sinne hat die FDP nichts dagegen, wenn man den Verwaltungsrat von 5 auf 7 Mitglieder vergrössert. Es wird schon ein wenig teurer sein, wenn es 7 Verwaltungsräte sind, aber wenn man die Rechnung der SWG anschaut, sieht man, dass viel Geld hin- und hergeschoben wird. Man würde am falschen Ort sparen, wenn man ein Problem damit hätte, dass der Verwaltungsrat jetzt CHF 10'000.00 bis CHF 20'000.00 mehr kosten würde. Man ist gut bedient, wenn man Profis hat, die den Strommarkt und die Materie kennen. Langfristig dient das auch der Unternehmung. Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und wird der Vorlage zustimmen.

2.6 Daniel Hafner zeigt sich vom Votum von Reto Gasser überrascht. Jetzt hat man eine Eignerstrategie festgelegt, die wirkungsvolle Instrumente vorsieht, damit sich die Stadt entsprechend in die Strategie einbringen kann. Er findet es noch interessant, dass nun gesagt wird, dass der Stadtpräsident dann als entsprechendes Bindeglied einen Support braucht, als könnte der Stadtpräsident als ordentliches VR-Mitglied seine Funktion nicht erfüllen. Das ist ein Misstrauensvotum, das er noch bemerkenswert findet.

- 2.7 Für Gemeinderat Ivo von Büren ist ganz klar, dass Daniel Hafner die Vorlage entweder nicht gelesen oder nicht verstanden hat, worum es geht. Das Votum von Reto Gasser hat nichts mit Misstrauen zu tun. Es hat damit zu tun, die Interessen der Stadt zu vertreten.
- 2.8 François Scheidegger weist darauf hin, dass eines der Argumente der Gemeinderatskommission war, dass, wenn man so eine hohe Fachlichkeit im Verwaltungsrat mit Leuten aus der ganzen Schweiz hat, man das Gefühl hatte, dass es vielleicht gut wäre, wenn das Gewicht der Stadt im Sinne eines Gegengewichts etwas grösser wäre. Die Gemeinderatskommission hält es für wichtig, dass man im Verwaltungsrat spürt, was die Anliegen des Gemeinderates sind und wie die Stadt tickt.
- 2.9 Laut Reto Gasser gab es verschiedene Motivationen, weshalb man in der Gemeinderat zum Schluss kam, zwei Vertreter der Stadt im Verwaltungsrat haben zu wollen. Es geht einerseits um den Support, andererseits soll die Stadt angemessen vertreten sein. Der Stadtpräsident nimmt manchmal eine gewisse Rolle ein, wo er wieder einen Doppelhut anhat. Das zweite GR-Mitglied kann hier den Support geben. Er sieht keinen Grund, weshalb man hier zurückkrebsen sollte. Wenn es aus Kostengründen sein sollte, verweist er auf die Aussage von Prof. Dr. Andreas Binder, welcher gesagt hat, dass man in diesem Punkt nicht sparen sollte. Darauf kommt es jetzt auch nicht an.
- 2.10 Gemeinderätin Angela Kummer führt aus, dass die Geschichte klar gezeigt hat, dass von der Bevölkerung eine Trennung zwischen Gemeinderat und Verwaltungsrat gewünscht wird. Wenn man zwei Stadtvertreter in den Verwaltungsrat wählt, ist für sie die Trennung nicht genug gegeben. Die Vorgaben, welche die Stadt neu durch die Eigenstrategie und die Corporate Governance Prinzipien gibt, sind schon so eine klarere Aufgabenstellung. Mehr kann man nicht machen. Dann braucht es nicht unbedingt einen zweiten Vertreter, sonst ist es wieder zu politisch zusammengesetzt. Der Gemeinderat sollte sich das gut überlegen.
- 2.11 Es ist richtig, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, dass man das in der Gemeinderatskommission diskutiert und am Schluss gesagt hat, dass ein zweiter GR-Vertreter hineingenommen werden soll, aber unter der Voraussetzung dass man auf 7 Mitglieder hinaufgeht. Das war für ihn immer klar, sonst hätte er dem nicht zugestimmt. Es kann nicht sein, dass man 5 Verwaltungsräte hat und 2 davon von der Stadt sind. Das ist für ihn ein ganz wesentlicher Punkt. In der SP-Fraktion ist man jetzt so weit, dass man sagt, dass 5 Mitglieder eigentlich reichen würden, aber dann ist nur der Stadtpräsident drin. Er hat seine Stimme in der Gemeinderatskommission für einen zweiten Stadtvertreter nur unter der Voraussetzung gegeben, dass es ein 7er-Gremium gibt.
- 2.12 François Scheidegger findet, dass weder das eine noch das andere richtig oder falsch ist. Man kann in guten Treuen für beides sein. Im Übrigen stellt sich der Verwaltungsrat nicht diametral zu dieser Variante mit zwei Vertretern und sagt OK zum Antrag der Arbeitsgruppe. Man ist der Meinung, dass, wenn zwei Vertreter der Stadt drin sind, es total 7 Mitglieder sein müssen. Ein Vorteil dabei ist, dass man dann einen Verwaltungsrat hat, der breiter abgestützt ist und tendenziell oder potentiell eine höhere Kompetenz hat.

- 2.13 Matthias Meier-Moreno gibt zu verstehen, dass die Stadt Eignerin ist und gerne mitreden möchte. Er ist auch gerne bereit, sich eines Besseren belehren zu lassen, aber man sollte jetzt einmal starten, Erfahrungen sammeln und schauen, ob es funktioniert. Er hat ganz grosse Hoffnungen, dass es gut kommt und professionell aufgegleist ist. Sollte man merken, dass tatsächlich nur noch der Stadtpräsident drin sein soll, kann man das diskutieren und wieder ändern. Man muss irgendeinmal anfangen. Es wurden schlechte Erfahrungen gemacht. Jetzt möchte man gute Erfahrungen sammeln und weiterkommen.
- 2.14 Gemeinderat Richard Aschberger meint, dass man es auch ganz pragmatisch anschauen kann. Sollte der Stadtpräsident in seiner Funktion als regulärer Verwaltungsrat einmal wegen Krankheit oder Terminüberschneidungen ausfallen, hat man ein zweites Mitglied des Gemeinderates drin und der Link ist sichergestellt. Wenn das nicht so ist, dann gibt es vielleicht Sitzungen, wo keiner seitens Stadt anwesend ist. Das möchte man vermeiden.
- 2.15 Vize-Stadtpräsident Remo Bill, Vorsitzender der Arbeitsgruppe, ergänzt, dass die Qualität der Verwaltungsräte die oberste Priorität in der Arbeitsgruppe war. Er sieht den heutigen Gemeinderat und bald beginnt die neue Legislatur des Gemeinderates. Er lässt sich überraschen, ob man qualitative Gemeinderäte erhält, die gewählt werden und Kenntnisse des Strommarktes haben.
- 2.16 François Scheidegger wirft ein, dass auch der allfällige zweite Gemeinderat durch das NGK nominiert wird. Der Gemeinderat kann dann nicht einfach sagen, dass er den Kandidaten nicht wählt, und jemand anderen wählen. Der Prozess ist der, dass der Gemeinderat das NKG beauftragt, einen anderen Vorschlag zu bringen. Das ist noch wichtig zu wissen. So wird die Wahl auch ein Stück weit entpolitisiert.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 6.1 „Zusammensetzung und Unabhängigkeit“
- 3.1.1 Rechtsanwalt Bruno Heynen macht beliebt, Ziff. 6.1 Abs. 2 wie folgt zu ergänzen: *„Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident von Grenchen von Amtes wegen sowie ein weiteres aktives Mitglied oder Ersatzmitglied des Gemeinderates der Stadt Grenchen sind als Vertreter der Eigentümerin Mitglied des Verwaltungsrates.“* Damit wäre klar, dass auch Ersatzmitglieder eingeschlossen wären. Das ist der Vorschlag des Verwaltungsrats der SWG, den auch Dr. Prof. Andreas Binder und er als Experten unterstützen.
- 3.1.2 Ivo von Büren ist nicht explizit gegen ein Ersatzmitglied des Gemeinderates, aber das Problem ist, dass der Ersatz nicht bei jeder GR-Sitzung dabei und der Sache nicht nahe genug ist. Er ist der Meinung, dass so jemand, wenn er dann im Verwaltungsrat als ordentliches Mitglied Einsitz nimmt, dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat nicht viel nützt. Es sollte nur ein ordentliches und amtierendes Mitglied des Gemeinderates im Verwaltungsrat einsitzen, da es immer weiss, was im Gemeinderat geht und was behandelt wird. Er möchte schon am Antrag der Gemeinderatskommission festhalten.
- 3.1.3 François Scheidegger war der Meinung, dass die Ersatzmitglieder ebenfalls an die Fraktionssitzungen gehen und auch ab und zu als Gemeinderäte zum Einsatz kommen. Aber offenbar wird das nicht überall so gehandhabt.

- 3.1.4 Reto Gasser macht darauf aufmerksam, dass die FDP mittlerweile nicht mehr zwei Ersatzmitglieder hat, die an die Fraktionssitzungen kommen. Man hat das System der Ersatzmitglieder so weit geöffnet, dass man jetzt drei, vier und mehr hat. Es gibt Ersatzmitglieder, die er noch nie in der Fraktion gesehen hat und die wohl das Kuvert mit den Unterlagen gar nicht öffnen. Er hat hier schon Bedenken. Wenn man sagt, dass es ein Gemeinderat sein soll, dann sollte es schon jemand sein, der im Gemeinderat mitmacht, den politischen Wind spürt und nicht jemand, der vielleicht in 4 Jahren einmal zum Einsatz kommt. Es war nicht die Idee der Gemeinderatskommission, dass man jetzt Ersatzmitglieder reinnimmt. Wenn der Verwaltungsrat SWG diese Idee über die Experten einfließen lassen will und sich Prof. Dr. Andreas Bader und Rechtsanwalt Bruno Heyer jetzt namens und auftrags des Verwaltungsrats so positionieren, muss er sich Ivo von Büren anschliessen, welcher meint, dass es nicht angeht, dass der Verwaltungsrat SWG wieder Einfluss nimmt. Der Gemeinderat soll aus eigener Initiative festlegen, wie die Zusammensetzung des Gremiums sein soll. Für Reto Gasser kommt nur ein ordentliches GR-Mitglied in Frage.
- 3.1.5 François Scheidegger erinnert daran, dass letztlich der Gemeinderat die Mitglieder des Verwaltungsrats wählt. Der Gemeinderat kann auch sagen, dass er den Ersatz nicht wählt. Es geht darum, dass man das Potenzial vergrössert, und wenn man tolle Ersatzleute hat, die Möglichkeit hat, auch diese hineinzuwählen. Das ist die Idee.
- 3.1.5 Prof. Dr. Andreas Binder erklärt, dass Rechtsanwalt Bruno Heynen und er sich ihre Meinungen gestützt auf ihre Erfahrungen und ihre Beurteilungen bilden. Sie lassen sich nicht eine Meinung aufdrücken. Der Verwaltungsrat erhält von der Stadt Grenchen enorm enge Vorgaben. Er würde sich überlegen, wie eng man das Korsett schneiden will und ob zwei Vertreter opportun sind. Denn am Schluss hat der Verwaltungsrat einen Auftrag und ist verantwortlich für die Entscheidungen, die er trifft. Er gibt zu bedenken, dass auch die zwei Gemeinderäte, wenn sie im Verwaltungsrat drin sind, immer den Hut des Verwaltungsrats und des Unternehmens anhaben und nicht des Gemeinderates. Im Sinne eines Kompromisses könnte man Folgendes festlegen: Verwaltungsrat mit 5 bis maximal 7 Mitgliedern, der Stadtpräsident von Amtes wegen sowie gegebenenfalls ein zweites Mitglied des Gemeinderates. Wenn der Gemeinderat ein zweites Mitglied des Gemeinderates wählt (ob ordentlich oder Ersatz muss der Gemeinderat selbst entscheiden), dann ist es ein 7er- und kein 5er-Gremium.
- 3.1.6 Es erstaunt Daniel Hafner schon, dass ein SP-Mitglied einem FDP-Mitglied erklären muss, wie ein Unternehmen optimal funktionieren sollte. Im Rahmen der entsprechenden Vorgaben hat man dem Verwaltungsrat ein sehr enges Korsett angelegt und in dem engen Korsett sollte der Verwaltungsrat operieren können. Jetzt hat man schon derartige Diskussionen, die er peinlich findet, und Voten wegen eines zweiten GR-Mitglieds, das dort Einsitz nehmen soll, die ihn sehr irritieren. Es ist ein Misstrauensvotum, wenn gesagt wird, dass der Stadtpräsident nicht in der Lage ist, mögliche Interessen der Stadt durchsetzen zu können. Und dann hat man noch die Stadt, die entsprechende Instrumente hat, um zu lenken, wie die zwei ausgewiesenen Experten vorhin erklärt haben. Wenn das nicht reicht, dann gibt ihm das total zu denken. Hier muss sich die FDP schon fragen, auf welcher Seite sie eigentlich steht.
- 3.1.7 Für Alexander Kaufmann muss es ein 7er-Verwaltungsrat sein, wenn ein zweiter Gemeinderat reinkommen soll. Wenn es kein Ersatzmitglied, sondern nur ein ordentliches GR-Mitglied sein darf, dann darf es ganz sicher kein GRK-Mitglied sein. Das ist für ihn etwas ganz Wichtiges.

Alexander Kaufmann ist selbst in zwei Verwaltungsräten. Das ist wirklich ein sehr verantwortungsvoller Job. Man muss bei der Sache sein. Man muss Leute haben, die sich einsetzen und auch eine Strategie haben.

3.1.8 Gemeinderat Konrad Schleiss möchte noch ein Argument vorbringen, das bis jetzt nicht erwähnt wurde, und das ist die Rolle des Stadtpräsidenten hier im Gemeinderat, er leitet nämlich die Sitzungen. Er weiss aus Erfahrung, dass, wenn man Sitzungen leitet und hauptsächlich Informant ist, das eine schwierige Position ist. Aus diesem Grund würde er ebenfalls beliebt machen, damit man zwei Mitglieder aus dem Gemeinderat hat, welche die Funktion wahrnehmen können. Aus reiner Verwaltungsratssicht kann er das mit einem GR-Vertreter schon verstehen. Dort reicht das, aber hier im Gemeinderat ist der Stadtpräsident Sitzungsleiter und muss gleichzeitig informieren. Das ist eine schwierige Position, deshalb lieber noch ein zweites GR-Mitglied.

3.1.9 Daniel Hafner nimmt Bezug auf Ziff. 6.1 Abs. 1 und 2 und stellt folgenden Abänderungsantrag:

*„Der Verwaltungsrat besteht aus maximal 5 Mitgliedern.“ („Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident von Grenchen von Amtes wegen ist als Vertreter der Eigentümerin Mitglied des Verwaltungsrates.“)*

*Der Antrag wird mit 9 : 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, abgelehnt.*

3.1.9 Sodann stellt Daniel Hafner zu Ziff. 6.1 Abs. 1 folgenden Abänderungsantrag:

*„Der Verwaltungsrat besteht aus 7 Mitgliedern.“*

*Der Antrag wird mit 9 : 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, abgelehnt.*

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

#### 4 Beschluss

4.1 Die Corporate Governance Prinzipien für die SWG werden gutgeheissen (Version 04.06.2020).

4.2 Vom vorgeschlagenen weiteren Vorgehen gemäss Ziff. 3.2 der Vorlage wird Kenntnis genommen.

**Vollzug:** KZL/Stadtschreiberin

SWG  
Stadtschreiberin

8.7.0 / acs

## SWG: Überlegungen zur optimalen Rechtsform

Vorlage: KZL/16.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Prof. Dr. Andreas Binder, Binder Rechtsanwälte, fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Daniel Hafner ist für SP-Fraktion die aktuelle Rechtsform der selbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmung die richtige. Sie ist mit den Corporate Governance Prinzipien vereinbar. Eine Umwandlung in eine Aktiengesellschaft würde die SWG einengen. Eine Beteiligung von Fremdunternehmen ist im Moment kein Thema. Man verschliesst sich grundsätzlich nicht einer Kooperation, aber die Verbundfähigkeit muss regelmässig gecheckt werden. Zusammenfassend meint er, dass die SP eine effiziente Umsetzung der Eignerstrategie und der Corporate Governance Prinzipien möchte und dem Antrag zustimmt.
- 2.2 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno führt aus, dass die CVP-Fraktion für die momentane Beibehaltung der bestehenden Rechtsform ist, denn alles was mit hoheitlichen Aufgaben sprich gesetzlichem Auftrag im Zusammenhang steht, soll auch weiterhin unter der öffentlich-rechtlichen Unternehmung SWG laufen. Jedoch sieht sie zukünftig Handlungsbedarf bei den eventuell nicht hoheitlichen Aufgaben, welche die SWG ausführt. Auch wenn diese bis heute noch nicht als solche vom Kanton deklariert werden, wird der erst kürzlich überwiesene Auftrag vom Kantons- an den Regierungsrat Bewegung in die ganze Sache bringen. Im Auftrag an die Regierung wird gefordert, dass öffentlich-rechtlichen Unternehmungen in Zukunft nicht mehr steuerfrei sein sollen. Daher ist es sicher richtig und wichtig, wenn sich der Verwaltungsrat mit der sich zukünftig anbahnenden Gegebenheit frühzeitig auseinandersetzt und nach Lösungen sucht. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten.
- 2.3 Laut Gemeinderat Ivo von Büren stimmt die SVP-Fraktion der Vorlage zu.
- 2.4 Gemäss Gemeinderat Reto Gasser gibt es zwei Formen, die ernsthaft zu prüfen sind (privatrechtliche und öffentlich-rechtliche Aktiengesellschaft sowie öffentlich-rechtliche Unternehmung). Die FDP-Fraktion ist im Moment für die Beibehaltung des Status quo. Das Instruktionsrecht ist wichtig. Zum Thema Steuerpflicht ist Folgendes zu sagen: Heute ist eine selbständige öffentlich-rechtlichen Unternehmung steuerbefreit. Solange die Gesetzgebung noch so ist, dass man als Aktiengesellschaft steuerpflichtig ist, wäre es falsch, wenn man wechseln und Steuern zahlen würde.

Die FDP wird, je nachdem wie sich die Gesetzgebung ändert, die Rechtsform mittel- oder langfristig wieder überdenken. Man weiss nicht, wie sich der Strommarkt entwickelt. Sie wird sich der Sache nicht ganz verschliessen, aber im Moment ist eine Umwandlung für sie kein Thema. Reto Gasser plädiert für die Beibehaltung des Status quo.

Eintreten wird beschlossen.

### 3 Detailberatung

- 3.1 Ziff. 4.1 des Antrags und Beschlussesentwurfs sollte richtigerweise wie folgt heissen: „Vom Vergleich der Rechtsformen SWG wird Kenntnis genommen (Version 18.05.2020).“

Es ergeht einstimmig folgender

### 4 Beschluss

- 4.1 Vom Vergleich der Rechtsformen SWG wird Kenntnis genommen (Version 18.05.2020).
- 4.2 Die heutige Rechtsform der selbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmung wird vorerst beibehalten.
- 4.3 Der Verwaltungsrat (im Rahmen der jährlichen Strategieplanung) und das NGK (im Rahmen der regelmässigen Überprüfung der Eignerstrategie) werden beauftragt, die Notwendigkeit der „Verbundfähigkeit“ der SWG regelmässig zu überprüfen und gegebenenfalls den Gemeinderat zu informieren.

**Vollzug:** KZL, Stadtschreiberin (Recht) / VR SWG

SWG  
Stadtschreiberin

8.7.0 / acs

## **Bahnhof Grenchen Süd: Neugestaltung Bahnhofplatz: Genehmigung Projekt und Ausführungskredit**

Vorlage: KZL/19.06.2020, BAPLUKB 24/15.06.2020

### 1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

### 2 Eintreten

- 2.1 Endlich kommt das überarbeitete und politisch getragene Projekt in den Gemeinderat, meint Gemeinderat Alexander Kaufmann. Zwar handelt es sich um ein Kompromiss-Projekt und hat mit dem ursprünglichen Siegerprojekt der Architekten ssm nicht mehr viel gemeinsam. Für die Stadt Grenchen ist es aber ein dringend nötiges Projekt, welches jetzt unbedingt umgesetzt werden muss. Erfreulich ist die Tatsache, dass das damalige Siegerbüro ssm sich bereit erklärt hat, auch die jetzige, politische getragene Variante zu überarbeiten und zu begleiten. Somit ist die architektonische Qualität des Projektes gewährleistet. Das Projekt ist ein Konsens zwischen den verschiedenen Nutzern dieser Anlage und soll zu einer Visitenkarte von Grenchen werden. Die Aufwertung des Bahnhofplatzes vor dem Kunsthaus sticht aus dem Projekt heraus und verleiht dem Bahnhof Süd die nötige Qualität. Der Platz kann als öffentlicher Raum durch die Bahnhofbenutzer genutzt werden.

Wichtig ist, dass die Gemeinderäte ein klares und unmissverständliches Statement für das Projekt abgeben und sie die Bevölkerung so für die Umsetzung überzeugen können. Nur so besteht die Chance, das Projekt an der Gemeindeversammlung wie auch an der Urnenabstimmung erfolgreich zum Fliegen zu bringen. Die Stadt Grenchen braucht dieses Projekt.

Richtig und Wichtig ist auch, dass bei der Projektierung auf zwei Schienen gefahren wird. Die Stadt treibt das Projekt und dessen Finanzierung voran, es wird parallel jedoch auch im Agglomerationsprogramm erfasst und angemeldet. Somit besteht die Chance, bei einer Aufnahme ins Agglomerationsprogramm, zusammen mit der geplanten Unterführung für den Langsamverkehr, mit grösseren Bundessubventionen rechnen zu dürfen.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anträge gemäss Beschluss in der Vorlage.

- 2.2 Endlich kann man sagen! Auf diesen Moment hat Gemeinderat Peter Brotschi lange gewartet. Aber es ist noch nicht vorbei, das Projekt muss noch die sogenannten politischen Hürden nehmen. Die CVP-Fraktion ist mit der Vorlage zufrieden und wird darauf eintreten. Gestern Abend war er am Bahnhof Süd. Hier lässt sich eines sagen: Man versucht den Marktplatz zu beleben - das ist auch gut so – aber beim Bahnhof ist es ganz anders. Der ist belebt! Sicher 14 bis 16 Stunden pro Tag ist dort sehr viel los. Darum ist der Platz sehr wichtig und eigentlich ein bis jetzt negativ besetztes Aushängeschild von Grenchen. Er wurde im Verlauf der Zeit auch verschlimmbessert. Ganz früher - ältere Leute mögen sich noch daran erinnern - stand auf der Nordseite auch eine Baumreihe, die nachher eliminiert wurde. Die CVP hätte sich den Platz auch ohne Durchgang des MIV vorstellen können, aber sie trägt den Kompromiss mit. Eine Schleife vor dem Egli Beck wäre auch eine valable Lösung gewesen. Dort sind auch keine 10 Meter bis zum Kreisel und bis zum Eingang der Schalterhalle. Überhaupt gibt es beim Bahnhof im Vergleich zu anderen Bahnhöfen keine Distanzen, ausser man will ganz vorne in den Schnellzug einsteigen. Auch im neuen Projekt sind Distanzen kein Thema. Die CVP steht hinter dem Kompromiss, der im Workshop gefunden wurde, und trägt die Vorlage mit. Sie ist für eine relativ schnelle bauliche Umsetzung. Sie möchte nicht noch Jahre lang auf das Agglomerationsprogramm warten und allenfalls noch einen negativen Bescheid von Bern riskieren. Es gibt noch genügend Projekte für das Agglomerationsprogramm. Im Gegenteil, mit der Umsetzung signalisiert man, dass man gewillt ist, in die Zukunft zu investieren, dass man das will und auch das Geld dazu hat. Die Beteiligung des Kantons ist offenbar noch nicht bekannt. Er erinnert sich noch, dass er als Kantonsrat in seiner ersten Legislaturperiode einem Millionenkredit für die kantonale Beteiligung an der Busschleife von Seewen im Schwarzbubenland zugestimmt hat. Er versteht einfach nicht, wie die Prozesse ablaufen. Was gibt es für einen Unterschied zwischen einem Busterminal in Seewen und einem im Grenchen? Der Kanton beteiligt sich an Verkehrsinfrastrukturen (s. auch Bahnhof Allmend Solothurn). Gemäss Vorlage werden Beiträge in Aussicht gestellt. Warum weiss man hier noch nichts Konkretes?
- 2.3 Gemeinderätin Nicole Hirt erklärt, dass die glp mit grossem Interesse die Vorlage mit der Neugestaltung Bahnhofplatz angeschaut hat. Endlich liegt ein Projekt vor, das den Namen Blickfang verdient, auch wenn sie dann wohl nicht mehr da sein wird, wenn die Bäume so gross sind wie auf den Fotos. Die glp ist für Eintreten und wird den Anträgen folgen. Der Stadtbaumeister hat ihr bereits Fragen beantwortet. Sie hat noch folgende Fragen:
- Warum braucht es Bus-Reservezonen? Ist es nicht so, dass die Busse in Zukunft eher kleiner werden, allenfalls sog. Sprinter eingesetzt werden? Im Vortrag letzte Woche hat man ja gehört, dass das Netz nicht optimal ausgelegt ist, und ob es tagsüber wirklich grosse Busse braucht, die mehrheitlich leer an den Waldrand kriechen, ist ökologisch wie ökonomisch zweifelhaft.
  - Warum um alles in der Welt kostet eine Glassammelstelle CHF 220'000.00 mehr, man sprach seinerzeit ja von CHF 370'000.00 für 5 Stellen.
  - Könnte man die Dächer der Wartehäuschen nicht mit PV bestücken, da wäre die Beleuchtung gerade installiert und würde keine weiteren Kosten verursachen?
  - Warum sind die vorgesehenen Bus-Reservezonen dort eingeplant, wo jetzt die Veloabstellplätze sind? Das ist aus Sicht des Langsamverkehrs nicht attraktiv.

- Natürlich noch ein Wort zu den Bäumen: Sie begrüsst natürlich die Idee der Alleen sehr, doch ob der Zürgelbaum ein geeigneter ist, wagt sie zu bezweifeln. Die sollen ja dort zustehen kommen, wo Parkplätze sind. Diese Bäume machen Nüsse von 1 bis 1-5 cm Durchmesser. Die fallen im Herbst hinunter. Man merkt hoffentlich, worauf sie hinaus will.
- 2.4 Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, steht einstimmig hinter dem Projekt, das in den verschiedenen Auswahlverfahren mit Abstand am besten abgeschnitten hat. Es ist auch das Projekt, in dem alle Leute, in welcher Form auch immer sie zum Bahnhof kommen, gleich behandelt werden. Die SVP dankt den Personen, die sich dafür eingesetzt haben, dass das Projekt jetzt so gelungen auf dem Tisch liegt. Die SVP freut sich auf jeden Fall, wenn sie das erste Mal zum neuen Bahnhof hinfahren kann. Sie kann der Vorlage nur zustimmen.
- 2.5 Wie Gemeinderat Konrad Schleiss ausführt, ist auch die FDP-Fraktion für das Projekt. Man hat sehr lange darum gekämpft. Heute liegt es in einer Form und Aufmachung vor, die allen Freude macht. Noch eine Bemerkung zum Votum von Peter Brotschi. Im Agglomerationsprogramm 4. Generation hat man praktisch kein anderes Projekt, das unterstützenswert ist. Das ist ein Kernprojekt des Agglomerationsprogramms 4. Generation und es ist sehr gut in der Vorlage beschrieben. Er findet es sehr gut, wenn man auf diesem Weg vorwärts geht.
- 2.6 Gemeinderat Matthias Meier-Moreno dankt Reto Mosimann und den ssm Architekten recht herzlich für das tolle Projekt. Betrachtet man den Situationsplan auf der ersten Seite der Beilagen, sieht es heute beim Bahnhof recht trist aus. Wenn man ein paar Seiten weiter blättert und die Ansicht sieht, wie es einmal aussehen soll, wird man, wenn es dann wirklich so realisiert wird, etwas Grosses und Repräsentatives geschaffen haben, worauf man stolz sein kann. Er freut sich, dass es so umgesetzt wird, und hofft, dass man die bevorstehenden Hürden erfolgreich nehmen wird.
- 2.7 Gemeinderat Daniel Hafner findet es ein wenig schade, dass der Bahnhofplatz nicht so zur Geltung kommt. Es freut ihn, dass auch die SVP hinter dem vorliegenden Projekt stehen kann, das ein Kompromiss ist. Der Publikumsverkehr wird sich grossmehrheitlich in Richtung Busterminal bewegen und mitten in dieser Flucht sind zwei Taxi-Parkplätze. Es gibt sieben Kiss and Ride-Parkplätze (d.h. Hinfahren, Aussteigen und Wegfahren). Warum versetzt man die zwei Taxi-Parkplätze nicht nach Westen und hat nur fünf Kiss and Ride- Parkplätze, dann hätte man eine Flucht, die hindernisfrei wäre?
- 2.8 Vize-Stadtpräsident Remo Bill darf sagen, dass er das Projekt zuerst sehr kritisch beurteilt hat. Das vorliegende Projekt hat seiner Meinung nach weniger städtebauliche Qualität als das damalige Siegerprojekt. Das Kompromissprojekt der ssm Architekten wurde aber planerisch sehr sorgfältig ausgearbeitet. Aus diesem Grund wird er das Projekt auch im Interesse der Stadt Grenchen unterstützen Er ist in der Jury des „Campus Technik“ nördlich der SWG. Dort wird ein Schulhaus von Swissmechanic und der Höheren Fachschule Technik Mittelland (hftm) geplant. Jury und Investoren warten gespannt darauf, was jetzt bezüglich Bahnhof und Unterführung für den Langsamverkehr passiert.
- Eintreten wird beschlossen.

- 3 Detailberatung
- 3.1 Peter Brotschi erkundigt sich, ob Beiträge des Kantons zu erwarten sind. Es kann nicht sein, dass andere Gemeinden Infrastrukturbeiträge erhalten und Grenchen nicht.
- 3.1.1 Aquil Briggen erwidert, dass man das noch abklären muss.
- 3.1.2 François Scheidegger versichert, dass die Botschaft angekommen ist. Man hat jetzt zuerst an der Vorlage gearbeitet. Es ist selbstverständlich, dass man mit dem Kanton Kontakt aufnehmen wird.
- 3.2 Nicole Hirt will wissen, warum die Bus-Reservezonen so gross sind.
- 3.2.1 Laut Aquil Briggen weiss man heute noch nicht, ob es grössere, kleiner oder Gelenkbusse sein werden. Das ist alles Spekulation. Man muss sich darauf ausrichten, was man weiss und heute hat.
- 3.2.2 Für Daniel Hafner gibt es auch praktische Gründe. Man hat momentan eine Situation mit Busersatz, weil Zugverbindungen reduziert wurden. Da stehen zum Teil drei Busse vor dem Bahnhof, die Regional- und Schnellzüge ersetzen. Wo wenn nicht dort sollte man die Busse hinstellen?
- 3.3 Nicole Hirt erkundigt sich, warum die Kosten der Glassammelstelle so hoch sind.
- 3.3.1 Aquil Briggen bemerkt, dass der bereits genehmigte Kredit aufgestockt werden muss, weil man gesehen hat, dass die CHF 370'000.00 nicht reichen. Die Sammelstelle hier ist speziell. Es ist nicht nur die Glassammelstelle, sondern auch noch eine kleine Zufahrt mit dabei. Man ist schon froh, dass die Migros das Land dazu gibt. Deshalb ist diese Glassammelstelle etwas teurer als die anderen.
- 3.4 Nicole Hirt weist darauf hin, dass Zürgelbäume Nüsse abwerfen.
- 3.4.1 Aquil Briggen wird auch diesen Sachverhalt abklären lassen.
- 3.5 Laut Daniel Hafner wird der Publikumsverkehr in Richtung zukünftiges Busterminal durch zwei Taxi-Parkplätze unterbrochen. Er sieht das nicht ganz ein. Jetzt hat man sieben Kiss and Ride-Parkplätze. Aus seiner Sicht wäre es eine Notwendigkeit, die zwei Taxistandplätze, welche die Flucht stören, auf Kosten von zwei Kiss and Ride-Parkplätzen nach Westen zu verlagern. Fünf Kiss and Ride-Parkplätze sind immer noch eine luxuriöse Lösung, zumal er es schade findet, dass die schöne Sicht zum Kunsthaus durch Autos verstellt ist.
- 3.5.1 Gemäss Reto Mosimann, Planer, ssm architekten ag, hatte man ganz klare Vorgaben, wie viele Parkplätze es sein sollen. Die Anzahl ergab sich aus den geführten Interviews. Man hat sie dann so platziert, dass es Sinn macht. Er versteht den vorgebrachten Aspekt, aber bei allem, was berücksichtigt werden musste, ist das hier vertretbar. Es wäre schade, wenn man die Anzahl der Parkplätze nochmals verringern würde, die gegenüber heute bereits reduziert wurde. Das Konzept des Projektes ist, dass man zwischen Kunsthaus und Bahnhofgebäude städtebaulich eine Achse aufspannt, einen Teppich schafft, der Leben haben soll. Was heute vorliegt, ist eine wesentliche Verbesserung in der städtebaulichen Qualität, in der Aufenthaltsqualität und in der Sicherheit, die es zu beachten gilt.

- 3.6 Peter Brotschi bemerkt zu Ziff. 3.5 der Vorlage, dass es den Begriff „Busbahnhof“ nicht gibt. Entweder ist es Bus oder Bahn. Er weiss, dass es beim Postplatz so angeschrieben ist. Vielleicht wäre Buskante oder (Bus-)Terminal besser. Er bittet das in Zukunft zu beachten. Warum hat man nicht versucht, mit dem Vordach des Bushäuschens bis zur Bordsteinkante resp. darüber hinauszugehen? Das wurde von Bus-Nutzern in den Reihen der CVP bemängelt. Das war schon beim Postplatz nicht der Fall. Dann könnten die Leute von der Witterung geschützt vom Busperron in den Bus reingehen.
- 3.6.1 Hier gibt es, so Aquil Briggen, die Problematik mit dem Lastwagenverkehr. Wenn sich ein Lastwagenfahrer verfährt und dort durchfährt, würde er das Dach abreißen. Man kann sicher noch ein wenig nach vorne gehen, aber noch mehr wäre ein Risiko.
- 3.6.2 François Scheidegger versichert, dass man das aufnimmt und prüft.
- 3.7 Peter Brotschi stellt fest, dass es beim Bahnhof andere Kandelaber als auf der Hauptstrasse gibt. Im Sinne des einheitlichen Erscheinungsbilds müsste man das nochmals anschauen.
- 3.7.1 Aquil Briggen bestätigt, dass es andere Kandelaber sind. Sie sind mit LED-Leuchten ausgerüstet. Die Kandelaber beim Coop sind ohne LED.
- 3.8 Die Migros hat auch eine Recyclingstelle, so Marc Willemin. Hat man bei der Migros bezüglich der Container angefragt, ob man etwas gemeinsam machen könnte. Vielleicht hätte sie dann auch etwas übernommen.
- 3.8.1 Die Baudirektion, so Aquil Briggen, hatte mit allen grösseren Detailhändlern Kontakt (Lidl, Coop, Migros, Aldi). Beim Aldi gibt es bereits eine Sammelstelle. Coop wollte nicht. Die Migros sagte, dass sie Hand bietet. Eine Zusammenführung wurde nicht diskutiert. Die zwei Sammelstellen sind ja sehr nahe beieinander (nicht mehr als 20 Meter Entfernung). Er findet, dass das so eine gute Lösung ist.
- 3.9 Peter Brotschi möchte wissen, wie die Zeitachse aussieht. Wenn jetzt die Gemeindeversammlung die Vorlage im Dezember 2020 zuhanden Urnenabstimmung verabschiedet und sie dann vor dem Volk durchkommt, wartet man dann wegen des Agglomerationsprogramms bis zum Jahr 2024?
- 3.9.1 Aquil Briggen erläutert, dass man das Agglomerationsprogramm im Juni 2021 abgeben wird. Es gibt beim Agglomerationsprogramm die Möglichkeit, ein Gesuch auf vorzeitigen Baubeginn zu stellen. Man muss nicht bis 2024 warten. Wenn man das macht, muss man die Dringlichkeit begründen. Er sieht schon Gründe für die Dringlichkeit. Die Kanalisation ist marode, das Projekt wurde schon lange hinausgeschoben. Der Belag muss ebenfalls gemacht werden. Man prüft das noch, aber auf dieser Schiene kann man die Dringlichkeit begründen und dann vorzeitig anfangen. Man muss aber sicher warten, bis man das Agglomerationsprogramm im Juni 2021 abgegeben hat.
- 3.9.2 Falls man Bescheid erhalten würde, so François Scheidegger, dass eine vorzeitige Auslösung des Projekts nicht gehen würde, müsste man im Gemeinderat nochmals entscheiden, wie man vorgehen will. Der Gemeinderat müsste dann den Beschluss fassen, ob man abwartet oder los legt. Im Moment ist man auf Kurs. Das Projekt fährt ziemlich synchron mit dem Agglomerationsprogramm. Man will jetzt keine Zeit verlieren. Das war auch immer der Auftrag des Gemeinderats.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

4.1 Antrag an die Gemeindeversammlung zuhanden Urnenabstimmung:

4.1.1 Für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Grenchen Süd wird zu Lasten des Kontos 6150.5010.01 (Gemeindestrassen) zusätzlich zu den bereits genehmigten Krediten ein Investitionskredit von CHF 5'649'900.00, inkl. MwSt. bewilligt.

4.2 Antrag an die Gemeindeversammlung:

4.2.1 Projekt und Kostenvoranschlag zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes Grenchen Süd werden genehmigt.

4.2.2 Für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Grenchen Süd wird zu Lasten des Kontos 29100.02 (Fonds Parkplatzbewirtschaftung, Förderung ÖV) für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ein Betrag von CHF 1'185'786.60 zweckgebunden verwendet.

4.3 In eigener Kompetenz:

4.3.1 Folgende Liegenschaften werden vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen umgewidmet:

<u>GB-Nr.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Fläche m<sup>2</sup></u>	<u>Bilanzwert Ende 2019</u>
- 4256	Bahnhofstr. 55/57	652	669'700.00
- 5424	Einschlägli, Freiestr. 4+12, Garagen	484	90'200.00
			759'900.00

4.3.2 Für die Kanalisationssanierung in der Bahnhofstrasse wird zu Lasten des Kontos 7201.5032.xx (Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung) ein Investitionskredit von CHF 590'000.00, exkl. MwSt. bewilligt.

4.3.3 Für die Erstellung der dezentralen Sammelstelle wird zu Lasten des Kontos 7301.5060.01 (Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung) zusätzlich zum bereits genehmigten Kredit von CHF 370'000.00 ein Zusatzkredit von CHF 220'000.00, exkl. MwSt. bewilligt.

4.3.4 Von den unter Ziffer 6 der BAPLUK-Vorlage aufgeführten Anmerkungen zu allfälligen Beiträgen wird Kenntnis genommen.

4.3.5 Von den unter Ziffer 7 der BAPLUK-Vorlage aufgeführten Grobterminen und Abhängigkeiten wird Kenntnis genommen.

**Vollzug:** BD, KZL

BAPLUK  
BD (SBM, TB)  
FV

6.2.1 / acs

## Postulat Peter Brotschi (CVP): Aufwertung der Lindenstrasse: Einreichung

1 Mit Datum vom 30. Juni 2020 reicht Peter Brotschi (CVP) folgendes Postulat ein:

1.1 Postulatstext

*Das Stadtpräsidium wird beauftragt, zuhanden von Gemeinderat und Gemeindeversammlung ein Projekt vorzulegen, das die Aufwertung der Lindenstrasse als verbindendes Element des Schul- und Kulturzentrums zum Inhalt hat.*

### Begründung:

*Das Schul- und Kulturzentrum entlang der Lindenstrasse ist ein Ensemble, das auf nationaler Ebene einzigartig ist. Auf der Ostseite beginnt es mit dem Kultur-Historischen Museum, gefolgt vom ehemaligen Lindenschulhaus und der römisch-katholischen Eusebiuskirche, deren Umgebung gerade jetzt neu gestaltet und aufgewertet wird. Die Grosszügigkeit der Schulhäuser I bis III mit ihren Schul- und Sportplätzen zeigt die Weitsicht unserer Vorfahren. Die alte Turnhalle ist nun die Stadtbibliothek. Auf der Südseite schliesst sich der Lindenpark an (Friedhof von ungefähr 1870 bis 1910), wo sich heute das Lindenhaus und ein Kindergarten befinden. Dann folgen die christkatholische Kirche St. Peter und Paul und das Parktheater. Auf der Nordwestseite wird das Areal architektonisch gut abgeschlossen und gegen den Bahnhof Nord abgeschirmt durch das Schulhaus IV.*

*Die Lindenstrasse als Verbindungsachse ist ästhetisch und baulich in einem schlechten Zustand. Flickarbeiten sind überall abzulesen, es gibt beispielweise auch unterschiedliche Randsteine. Die Lindenstrasse wirkt als Unterbrechung der Gesamtanlage und nicht als verbindendes Element. Auch verkehrstechnisch ist die Lindenstrasse immer noch als Durchgangsstrasse ausgebaut, was sie schon sehr lange nicht mehr ist; sie genügt in diesem Punkt den Anforderungen für die Erschliessung eines Begegnungszentrums längst nicht mehr.*

*Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, dass die Lindenstrasse aufgewertet wird. Gleichzeitig könnte das Areal unmittelbar vor der alten Turnhalle neu gestaltet werden, um auf die Bedeutung des Gebäudes und der Stadtbibliothek aufmerksam zu machen. Vielleicht liesse sich ein gutes Resultat mit der Ausschreibung eines kleinen Architekturwettbewerbs erzielen.*

2 Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

BD  
SV  
Stapo  
FV

6.2.2 / acs

## **Mitteilungen und Verschiedenes**

### **1 Aktion am nationalen Clean-Up Day vom 12. September 2020**

- 1.1 Gemeinderätin Angela Kummer informiert, dass sich die SP und die Grünen entschlossen haben, am Samstag, 12. September 2020, 14.00 bis 17.00 Uhr, eine Aktion am nationalen Clean-Up Day durchzuführen.

Das Programm sieht aus wie folgt: Besammlung in Quartieren oder speziellen Plätzen, Abfallsammeln in Gruppen, Sternmarsch zum Marktplatz, Deponie des Abfalls in der Mulde, kreative Aktion rund um das Thema Recycling, geselliger Ausklang mit Getränken und Kuchen.

Die GR-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Angela Kummer wird allen noch ein Mail mit Detailinformationen senden.

### **2 Entscheid des Gemeinderates vom 12. Mai 2020 betreffend Ungültigerklärung der GV-Motion Elias Meier „Grenchner Trinkwasser schützen - mir hebe Sorg zum Wasser“**

- 2.1 Stadtschreiberin Luzia Meister orientiert, dass Beschwerde beim Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn gegen den Entscheid des Gemeinderates Nr. 2621 vom 12. Mai 2020 erhoben wurde.

### **3 Kleine Anfrage Remo Bill (SP): "Illegale" Autoabstellplätze im öffentlichen Raum?: Beantwortung**

- 3.1 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Antwort zur Kleinen Anfrage mit der Einladung zur GR-Sitzung vom 30. Juni 2020 verschickt.